

**FR-01**

# Antrag

## 38. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz Hamburg, 21. - 23.11.2014

**AntragsstellerIn:** Bundesvorstand

**Gegenstand:** **Freiheit Grün Gestalten - emanzipatorisch und partizipativ, verantwortungsbewusst und solidarisch**

---

### 1 Antragstext

#### 2 I. Freiheit als ein grüner Grundwert

3 Der Wunsch nach Freiheit hat Menschen und progressive politische Bewegungen  
4 schon immer beflügelt. Sich selbst verwirklichen zu können, Neues  
5 auszuprobieren, widersprechen zu können - all das sind tiefe menschliche  
6 Bedürfnisse. Freiheit zu schützen und zu verwirklichen war und ist ein  
7 Kernanliegen grüner Politik. Und auch, wenn elementare Freiheiten heute in  
8 unserem Rechtsstaat garantiert sind, ist das Ringen um Freiheit und  
9 Selbstbestimmung noch lange nicht zu Ende. Angesichts eines ungekannten  
10 wirtschaftlichen Wohlstands und neuer technischer Möglichkeiten entstehen  
11 derzeit neue Chancen und Räume der Freiheit. Demgegenüber stehen neue  
12 Bedrohungen - Überwachungsorgien entfesselter Geheimdienste wie NSA und Co., die  
13 technische Neuerungen zur Massenüberwachung missbrauchen, ein aus den Fugen  
14 geratener Sicherheitsdiskurs, aber auch der Klimakollaps und das Artensterben.

15 Freiheit ist einer von vier Pfeilern, die unsere grüne Programmatik tragen. Als  
16 Bündnis 90/Die Grünen sind wir maßgeblich aus Freiheitsbewegungen entstanden.  
17 Das vergessen wir nicht, im Gegenteil: Unser Grundsatzprogramm von 2002 stellt  
18 Selbstbestimmung und Freiheit als einen grünen Grundwert neben Ökologie,  
19 erweiterte Gerechtigkeit und lebendige Demokratie. Und wir treten damit ein für  
20 Gewaltfreiheit und Menschenrechte und die Verwirklichung des  
21 Freiheitsversprechens des Grundgesetzes.

22 Uns einen als Partei diese Grundwerte. Als Partei der Ökologie treten wir ein  
23 für eine offene Gesellschaft und erweiterte Gerechtigkeit. Wir sind als Grüne  
24 weder eine konservative, noch eine liberale oder sozialdemokratische Partei,

25 sondern eine eigenständige politische Kraft. Wir wollen unser originär grünes  
26 Profil weiter schärfen und den Menschen klarmachen, warum es sich lohnt, für  
27 Freiheit zu kämpfen - national wie international.

28 Wir sind aus vielfältigen Wurzeln zusammengewachsen. Unsere Gründungsgeschichte  
29 ist verbunden mit sozialen Bewegungen, die in einer verkrusteten BRD unter  
30 anderem für mehr Freiheitsräume, Bürgerrechte und die Anerkennung alternativer  
31 Lebensstile eingetreten sind. Unser Parteiname BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN steht für  
32 die Verbindung der westdeutschen Neuen Sozialen Bewegungen und ihrem Streben  
33 nach Freiheit und Emanzipation mit der ostdeutschen Freiheitsbewegung. Vor 25  
34 Jahren ist die Mauer gefallen, weil Menschen leidenschaftlich für die Freiheit  
35 und gegen staatliche Bevormundung und Gängelung gekämpft und ihr Leben riskiert  
36 haben. Das wird uns gerade dieser Tage einmal mehr bewusst. In dieser Tradition  
37 bewegen wir uns und leiten daraus einen grünen Freiheitsbegriff ab. Die Würde  
38 des Menschen steht bei uns an erster Stelle. Daran orientieren wir uns in  
39 unseren Leitlinien, unseren Werten und unserer Politik. Mit unserem Eintreten  
40 für Frauenrechte, für die Rechte von MigrantInnen und Flüchtlingen und die  
41 Rechte Homosexueller haben wir wichtige Voraussetzungen für eine freie und  
42 vielfältige Gesellschaft geschaffen. Und als überzeugte Verfechterin des  
43 europäischen Friedensprojekts haben wir dazu beigetragen, die Freiheit in Europa  
44 ohne Grenzen zu reisen, zu lernen und zu arbeiten zu erkämpfen.

45 Wir Grüne haben in den vergangenen dreieinhalb Jahrzehnten Freiräume für mehr  
46 Selbstbestimmung erkämpft. Auch heute wollen wir mehr Freiheit erstreiten, sie  
47 schützen und Bedrohungen der Freiheit zurückdrängen. Wir ringen um den Begriff  
48 der Freiheit. Wir sehen ein starkes gesellschaftliches Bedürfnis nach größeren  
49 Freiräumen und geschützten Rückzugsräumen. Nach einer Gesellschaft, die nicht  
50 nur auf ein Schneller, Höher, Weiter setzt und einem Leben, das Zeit lässt zum  
51 Durchatmen. Es gibt den Wunsch nach Gestaltung, die nicht bei jedem Problem auf  
52 Law und Order setzt.

53 Doch unser Einsatz für Freiheit und Selbstbestimmung ist gerade in der jüngeren  
54 Vergangenheit nicht immer so wahrgenommen, teils sehr bewusst missinterpretiert  
55 und auch von uns nicht immer so signalisiert worden. Die politische Linke hat  
56 den Wert von Freiheit und Selbstbestimmung viel zu häufig vernachlässigt und der  
57 politischen Rechten überlassen. Neoliberale haben Freiheit ohne Verantwortung  
58 gepredigt und für maßlose Deregulierung missbraucht. Für die Freiheit der Zocker  
59 muss jetzt die Gemeinschaft geradestehen. George W. Bush hat mit dem Ruf nach  
60 Freiheit nach dem 11. September 2001 den War on Terror und den Aufbau einer  
61 allumfassenden Überwachungsinfrastruktur gerechtfertigt.

## 62 **Der Grüne Freiheitsbegriff**

63 Das zeigt: Es gibt unterschiedliche Vorstellungen von Freiheit. Dem neoliberalen  
64 Verständnis von Freiheit, welches vor allem den Staat als unwillkommene  
65 Gängelung individuellen Gewinnstrebens wahrnimmt und im Recht des Stärkeren  
66 endet, setzen wir eine verantwortungsbewusste, emanzipatorische, partizipative  
67 und solidarische Freiheit entgegen.

68 In unserem Grundsatzprogramm haben wir einen **emanzipatorischen** Freiheitsbegriff  
69 definiert. Freiheit, Emanzipation und Selbstbestimmung gehören für uns

70 Bündnisgrüne untrennbar zusammen. Jede und jeder soll sich frei entfalten, so  
71 lange damit nicht in die Freiheit der Anderen eingegriffen wird. Wir wollen eine  
72 Gesellschaft, die von den Bürgerinnen und Bürgern aktiv mitgestaltet wird, in  
73 der alle Menschen ihr Leben selbst gestalten, ihre Kreativität ausleben und ihre  
74 Potentiale nutzen können – frei von Bevormundung. Gesetzlichen Bestimmungen und  
75 gesellschaftlichen Normen, die Menschen diskriminieren, stellen wir uns  
76 entgegen. Auf diesem Weg haben wir viel erreicht.

77 Es wird immer wieder Freiheitsentscheidungen geben, die uns nicht gefallen und  
78 die in Widerstreit mit den Zukunftschancen künftiger Generationen stehen. Der  
79 Konflikt zwischen dem Freiheitsinteresse des Einzelnen und übergeordneten  
80 Allgemeininteressen lässt sich nicht in jedem Fall widerspruchsfrei auflösen.  
81 Dafür braucht es politische Aushandlungsprozesse.

82 Wir wollen unsere grüne Freiheitserzählung weiterentwickeln. Dazu schärfen wir  
83 unseren Freiheitsbegriff an unseren anderen grünen Grundwerten.

84 • *Ökologie und Freiheit*

85 Der grüne Leitspruch „Wir haben die Erde von unseren Kindern nur geborgt“  
86 verdeutlicht, dass die ökologischen Grenzen den Rahmen der Freiheit jeder  
87 Generation bilden. Diese zu definieren ist unsere Aufgabe. Seit Jahrzehnten  
88 überschreitet unser Land seine ökologischen Grenzen im großen Stil: Weltweit  
89 verbrauchen wir im Durchschnitt Ressourcen von fast 2,5 Planeten im Jahr und  
90 zerstören dadurch unsere natürliche Lebensgrundlage und das Klima. Damit leben  
91 wir ökologisch auf Pump und auf Kosten der Freiheit heutiger und nächster  
92 Generationen. Deshalb ist unser Freiheitsbegriff **verantwortungsbewusst**. Wir sind  
93 die Partei, die die Gesellschaft von morgen denkt und den Menschen dafür heute  
94 Lösungen anbietet.

95 Viele Entscheidungen, die wir treffen, haben Auswirkungen auf die ganze Welt.  
96 Unser Freiheitsbegriff, der von der universellen Würde aller Menschen ausgeht,  
97 berücksichtigt deshalb auch die globalen Zusammenhänge. Wir wollen einerseits  
98 den Menschen möglichst viel Platz zur Selbstentfaltung geben, andererseits  
99 wollen wir die Gemeinschaft, das Klima und die Artenvielfalt schützen. Damit  
100 nicht einige wenige auf Kosten der Gesellschaft, der Umwelt und ärmerer Länder  
101 die eigene Freiheit ausleben, braucht es einen Rahmen und Regeln für das  
102 Zusammenleben. Wie dieser Rahmen aussieht und was eine legitime Einschränkung  
103 ist, muss demokratisch verhandelt werden.

104 Klar ist für uns, dass es Regulierung und Vorschriften braucht, aber auch freien  
105 Raum für neue Ideen und kreative Ansätze. Dabei wird es immer wieder nötig sein,  
106 in die individuellen Freiheiten und Interessen einzugreifen. Doch konzentrieren  
107 wir uns als Anwälte der BürgerInnen bei der notwendigen Regulierung darauf, die  
108 Strukturen zu verbessern. Im Lebensmittelbereich setzen wir also bei den  
109 ProduzentInnen an und nicht bei den KonsumentInnen. Ob jemand am Donnerstag  
110 Fleisch isst oder nicht, ist uns herzlich egal. Vielmehr wollen wir hohe  
111 ökologische Standards und Tierschutz durch artgerechte Haltung durchsetzen und  
112 die VerbraucherInnen besser über die Produktionsbedingungen aufklären.

113 • *Gerechtigkeit und Freiheit*

114 Grüne Politik formuliert einen klaren Gerechtigkeitsanspruch. Die sich  
115 vertiefende soziale Kluft in Deutschland, die Exklusion vieler Menschen von  
116 Arbeit und Bildung und die starke Ungleichverteilung der Vermögen sind für uns  
117 nicht hinnehmbar. Wir werden uns hier weiter für die Schwachen stark machen und  
118 von starken Schultern fordern, dass sie mehr tragen müssen. Das richtet sich  
119 nicht gegen „die Freiheit“, sondern versucht möglichst viel Freiheit für Alle zu  
120 eröffnen.

121 Freiheit erfordert Gerechtigkeit und eine sozial ausgleichende Politik, wenn sie  
122 nicht die Freiheit einiger weniger meinen soll. Freiheit wird nicht durch  
123 Gerechtigkeit eingeschränkt, sondern nur in einer gerechten Gesellschaft können  
124 alle frei leben. Unser Freiheitsbegriff ist ein **solidarischer**. Sollen Freiheit  
125 und Selbstbestimmung nicht für viele nur leere Versprechen sein, braucht es  
126 soziale Sicherung und öffentliche Güter.

127 Es ist für uns selbstverständlich, dass sich Gerechtigkeit nicht in der  
128 Gängelung der Menschen durch eine Sozialbürokratie verwirklicht. Empowerment ist  
129 das Schlüsselwort: der Staat soll zur Selbstbestimmung befähigen und zur  
130 Freiheit unterstützen. Grüne Politik will auch kommenden Generationen freie  
131 Entfaltungsmöglichkeiten offenhalten und sie nicht mit dem Erbe einer falschen  
132 Politik überfrachten. Daher berücksichtigen wir die Konsequenzen unseres  
133 Handelns für kommende Generationen. Lassen wir unser Gemeinwesen und unsere  
134 Infrastruktur verfallen, engen wir ihre Spielräume ein; müssen sie vorrangig  
135 unsere Schuldenberge abtragen, ist ihre Freiheit ebenfalls vermindert.

136 • *Demokratie und Freiheit*

137 Demokratie und Freiheit gehören untrennbar zusammen. Wir haben einen  
138 **partizipativen** Freiheitsbegriff. Demokratie ist der Rahmen für die Freiheit sich  
139 zu beteiligen, mitzugestalten und zu entscheiden. Erweiterte demokratische  
140 Mitwirkungsmöglichkeiten von BürgerInnen in einer vitalen Demokratie bedeuten  
141 einen Zugewinn an Freiheit. Demokratie lebt von den Beiträgen und dem ständigen  
142 Abwägungsprozess einer lebendigen Zivilgesellschaft. Immer wieder wird es  
143 demokratische Entscheidungen geben, die uns nicht gefallen. Freiheit ist aber  
144 immer und vor allem die Freiheit der Andersdenkenden. Wir setzen uns für mehr  
145 direkte Demokratie und gegen die negativen Auswirkungen wirtschaftlicher Macht  
146 und intransparenter Entscheidungsprozesse auf Freiheit ein. So kann eine aktive  
147 und selbstbestimmte BürgerInnengesellschaft eigene Entscheidungen treffen. Auch  
148 werden wir demokratische Strukturen und Entscheidungsmechanismen verteidigen.  
149 Gerade in Zeiten der Globalisierung ist ein besseres Europa die Antwort auf die  
150 Sicherung von Freiheit. Die EU kann das Primat der Politik sichern, wenn sie den  
151 aus dem Ruder gelaufenen Wirtschaftsliberalismus einhegt und nicht über  
152 Geheimverträge wie ACTA oder TTIP voranbringen will. Die Freiheitsrechte der  
153 Bürgerinnen und Bürger werden aber dann tangiert, wenn der sie schützende  
154 Rechtsrahmen durch internationale Abkommen unterminiert wird.

155 **Grüne Freiheit zwischen Staat, Wirtschaft und Gesellschaft**

156 Unser Freiheitsbegriff wurzelt historisch stark in den Bürgerbewegungen, im

157 Drang aus einengenden Strukturen auszubrechen, die Dinge anders zu machen und  
158 selbst zu organisieren. Für unser Freiheitsverständnis spielt eine lebendige  
159 Zivilgesellschaft mit ihren Engagierten, ihren Vereinen und Verbänden eine  
160 zentrale Rolle. Eine funktionierende **Bürgergesellschaft** braucht Freiräume, um  
161 eigene Projekte zu entwickeln und alternative Wege zu gehen. Sie braucht einen  
162 rebellischen Geist, neue, kreative Ideen. Wir wollen diese Freiräume mit den  
163 BürgerInnen gemeinsam erkämpfen und sichern. Deshalb fördern wir das Prinzip der  
164 Subsidiarität: der Staat muss nicht alles, was er gewährleistet, auch selbst  
165 organisieren. Wir halten grundsätzlich die Vielfalt von Trägern, Vereinen und  
166 Akteuren im Bereich der Bildung, der Jugendarbeit, der Kultur, im Sozialen wie  
167 in der Wirtschaft für eine Bereicherung.

168 Unsere Vision ist es, allen Menschen die gleiche Chance zur Verwirklichung ihrer  
169 Freiheit zu geben. Diese Freiheit ist voraussetzungsreich und braucht soziale  
170 Sicherheit und Solidarität. Ansonsten bleibt Selbstbestimmung auf wenige  
171 begrenzt, die sich diese leisten können. Dazu braucht es einen handlungsfähigen  
172 **Staat**, der die Freiheit der Bürgerinnen und Bürger gegen Einschränkungen schützt  
173 und der die Voraussetzungen für freie Entfaltung ermöglicht. Denn nur, wenn  
174 Menschen in der Realität auch leben können, was sie gemäß ihrer Rechte dürfen,  
175 sind die Bedingungen von Freiheit erfüllt. Dementsprechend hat der Staat eine  
176 ambivalente Rolle - einerseits kann er die Freiheit der Bürgerinnen und Bürger  
177 durch überzogenes Sicherheitsdenken oder überbordende Eingriffe gefährden,  
178 andererseits ist nur durch ihn die Verwirklichung gleicher Freiheit für alle  
179 möglich. Dieser Ambivalenz begegnen wir durch entschiedenes Eintreten für die  
180 Menschenwürde, die Grund- und Bürgerrechte, sowie den Kampf für Transparenz und  
181 demokratische Kontrolle der staatlichen Institutionen.

182 Fairer Wettbewerb und eine sozial-ökologische Marktwirtschaft sind ökonomische  
183 Pfeiler unserer Freiheitsordnung. Innovationsgeist, Unternehmertum und der  
184 Wettbewerb um neue Lösungen und Produkte sind Ausdruck wirtschaftlicher  
185 Freiheit, die wir stärken wollen. Doch ungezügelter deregulierter Märkte sehen wir  
186 ebenso als Bedrohung der Freiheit wie eine Machtwirtschaft, die durch Marktmacht  
187 und undurchsichtige Verstrickungen den Wettbewerb aushebelt. Wir haben und  
188 brauchen Partner in der Wirtschaft, gerade im Mittelstand, um die notwendige  
189 ökologische Modernisierung voranzutreiben.

## 190 **II. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN als Stimme der Freiheit**

191 Im Bundestag sind wir Grüne die Stimme für Freiheit und Selbstbestimmung. Die  
192 Große Koalition gefährdet mit ihrem Nichtstun bei Datenschutz bis Klimaschutz  
193 Freiheit und Selbstbestimmung in eklatanter Weise und sabotiert die Aufklärung  
194 des derzeitigen Überwachungs- und Geheimdienstskandals. Die Linke wiederum setzt  
195 auf radikalen Etatismus, der zu oft zu Lasten von Freiheit und Selbstbestimmung  
196 geht.

197 Grüne Politik verfolgt nicht nur einen klaren bürgerrechtsorientierten Kurs, sie  
198 macht Mut zum Widerstand gegen eine freiheits- und bürgerrechtsfeindliche  
199 Politik. Sie ist Pfadfinderin für neue Diskurse in Wirtschaft und Gesellschaft,  
200 in Ökologie und Verbraucherschutz, in Fragen der Bildung, Betreuung oder  
201 Genderpolitik. Dabei stehen wir vor einem neuen Kulturkampf: mit ihrem  
202 konservativ-reaktionären Gesellschaftsbild macht die AfD eine Kampfansage an die  
203 Vielfalt und Toleranz, für die wir stehen und will unsere hart erkämpften

204 Errungenschaften abwickeln.

205 *II.1 Grundrechte schützen, Privatsphäre im digitalen Zeitalter verteidigen,*  
206 *Überwachung stoppen*

207 In Zeiten von NSA, Facebook und Google ist die Privatsphäre der Menschen akut  
208 gefährdet. Das Internet hat neue Möglichkeiten geschaffen. Doch Überwachung  
209 erstickt Freiheit, weil wir zu unseren eigenen Zensurbehörden werden. Wir wollen  
210 keine Überwachung des Internets, mit der letztendlich jede Kommunikation und  
211 alle Bewegungen im Netz lückenlos kontrolliert werden können. Wir sind alle  
212 verdächtig geworden. Mit unserem emanzipatorischen Freiheitsverständnis ist eine  
213 Komplettüberwachung und Rasterung von Menschen nach undurchsichtigen Algorithmen  
214 nicht vereinbar. Jede und jeder hat das Recht auf den Schutz der Privatsphäre  
215 und das Recht auf Geheimnisse, denn diese sind elementar für Freiheit und  
216 Demokratie. Staatliches Handeln muss diese Rechte verteidigen und die  
217 Bürgerinnen und Bürger vor Ausspähung, Profilbildung und Rasterung schützen.

218 Die Große Koalition gefährdet unsere Freiheit. Sie geht nicht entschieden gegen  
219 die flächendeckende Überwachung vor, aus Angst gute Freunde und Partner zu  
220 verschrecken. Sie sabotiert weiterhin die Aufklärung des Geheimdienst- und  
221 Überwachungsskandals durch das Parlament, weil sie Fragen zur Rolle der eigenen  
222 Dienste fürchtet.

223 Wir Grüne fordern auch weiterhin eine lückenlose Aufklärung der im Raum  
224 stehenden Überwachungspraktiken, denn sie sind mit unserer Verfassung nicht in  
225 Einklang zu bringen. Der Herrschaft des Rechts wollen wir angesichts sich  
226 verselbständigender Geheimdienste wieder Geltung verschaffen, Befugnisse eng  
227 begrenzen und die parlamentarische Kontrolle verbessern. Bestehende  
228 Datenaustauschabkommen mit den USA wollen wir stoppen und neu verhandeln.  
229 Whistleblower wie Edward Snowden wollen wir in ihrer widerständigen Haltung  
230 unterstützen, weil sie Freiheit sichert.

231 *II.2 Freiheit für ein selbstbestimmtes Morgen und den Erhalt unserer natürlichen*  
232 *Lebensgrundlagen*

233 Nicht nur die jetzt lebenden Generationen haben ein Recht auf Freiheit und  
234 Selbstbestimmung, sondern auch unsere Kinder und Kindeskinde. Unser Verständnis  
235 von Freiheit für alle ist solidarisch und verantwortungsbewusst: wir haben die  
236 Freiheit kommender Generationen im Blick, wir denken global und über das Heute  
237 hinaus. Deshalb ist es unsere Verantwortung, die Umwelt zu schützen und nicht  
238 mehr dauerhaft Ressourcen zu verbrauchen als sich natürlich erneuern. Der  
239 ungebremste Klimawandel ist neben der Zerstörung der biologischen Vielfalt  
240 unseres Planeten die größte Hypothek, die wir kommenden Generationen weltweit  
241 aufbürden können. Schon heute leiden Menschen in anderen Regionen dieser Welt  
242 unter verheerenden Naturkatastrophen und den Folgen des Klimawandels. Der  
243 verantwortungslose Raubbau, mit dem die Industriestaaten die Zukunft unseres  
244 Planeten gefährden, geht zu Lasten der Ärmsten. Auch ihre Freiheit ist uns  
245 Grünen nicht egal, sondern einer der Gründe, warum wir konsequent für mehr  
246 globalen Klimaschutz und Solidarität mit den Ländern des Südens eintreten.

247 Die Große Koalition lässt die Klimakatastrophe ohne wirksame Gegenmaßnahmen  
248 geschehen. Die Emissionen steigen in Deutschland wieder an, die erneuerbaren

249 Energien werden ausgebremst. Ein Umsteuern hin zu Energieeffizienz und  
250 -einsparung bleibt aus. Vielmehr steigt der Verbrauch dreckiger Kohle auf einen  
251 Höchststand.

252 Wir Grüne rücken den Klimaschutz und den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen  
253 in den Mittelpunkt. Deutschland muss auf eine Vorreiterrolle in der EU drängen.  
254 Dazu müssen wir aber bei uns anfangen. Das bedeutet, wir brauchen ein  
255 Klimaschutzgesetz mit rechtsverbindlichen mittel- und langfristigen  
256 Emissionsminderungszielen. So kann Deutschland wieder eine glaubwürdige  
257 Vorbildfunktion einnehmen.

258 *II.3 Kommende Generationen von Schuldenbergen befreien, Investitionen in*  
259 *Infrastruktur und Daseinsvorsorge ermöglichen*

260 Kommende Generationen brauchen finanzielle Spielräume, um die Aufgaben der  
261 Zukunft bewältigen zu können. Und sie müssen die Freiheit haben, selbst darüber  
262 zu entscheiden, wie sie diese Spielräume nutzen. Deshalb sind sie darauf  
263 angewiesen, dass wir so haushalten, dass sie nicht nur Schulden bedienen,  
264 sondern auch politisch gestalten können - bei uns heißt das solidarische und  
265 verantwortungsbewusste Freiheit.

266 Ohne Kitas, Schulen, Hochschulen und Forschungseinrichtungen, ohne Alters- und  
267 Pflegeheime, Krankenhäuser und ÄrztInnen sowie funktionierende öffentliche  
268 Verkehrsmittel und -wege werden viele Menschen in ihrer Freiheit beschnitten.  
269 Freiheit und Selbstbestimmung sind in Gefahr, wenn die Infrastruktur und die  
270 öffentliche Daseinsvorsorge nicht funktionieren.

271 Die Große Koalition gefährdet die Handlungsfreiheit und Selbstbestimmung  
272 kommender Generationen, indem sie ihre finanziellen Spielräume verkleinert: Die  
273 Rentenreform bürdet kommenden Generationen große finanzielle Lasten auf. Diese  
274 Wohltaten aus der Rentenversicherung und nicht aus Steuermitteln zu bezahlen,  
275 hätte die Union selbst früher als eine Versündigung an der Jugend kritisiert.  
276 Gleichzeitig verzichtet die Große Koalition auf den Abbau ökologisch schädlicher  
277 Subventionen und verschleppt systematisch dringend notwendige Investitionen in  
278 Infrastruktur. Die Investitionsquote ist im freien Fall. Die wenigen Mittel  
279 reichen nicht für den Erhalt und die Sanierung der bestehenden Infrastruktur,  
280 geschweige denn für wichtige Investitionen in die Zukunft. Das heißt, mit der  
281 Großen Koalition leben wir von der Substanz und schaffen es nicht eine  
282 Infrastruktur vorzuhalten, die die Voraussetzungen für freie Entscheidungen und  
283 Freiräume schafft.

284 Wir Grüne fordern eine seriöse Haushaltspolitik. Somit schaffen wir auch unseren  
285 Kindern die Freiheit, eigene Akzente zu setzen und nicht nur für unsere Schulden  
286 zu arbeiten. Nachhaltige Haushaltspolitik ermöglicht es, kommenden Generationen  
287 einen finanz-, sozial- und gesellschaftspolitischen Gestaltungsspielraum zu  
288 vererben. Dazu gehören neben solidem Haushalten vor allem Investitionen in die  
289 Zukunft. Eine Austeritätspolitik, die einseitig auf eine Kürzung öffentlicher  
290 Angebote und die Privatisierung öffentlicher Güter setzt, lehnen wir ab.  
291 Insbesondere Kommunen müssen angemessen ausgestattet sein, um ihre Infrastruktur  
292 erhalten zu können. Wir wollen nachhaltige Mobilität stärken und ein schnelles  
293 Internet für alle, egal ob sie in den Städten oder im ländlichen Raum leben.  
294 Gerade auch der Klimawandel fordert ressourcenschonende Innovationen und  
295 öffentliche Investitionen, damit wir die größte Menschheitsaufgabe angehen

296 können.

297 *II.4 Für freien und fairen Wettbewerb statt Monopole und Oligopole*  
298 Wirtschaftspolitik soll den Menschen dienen und sie im Sinne unseres  
299 partizipativen Freiheitsverständnisses in ihrer Selbstbestimmung und freien  
300 Entfaltung unterstützen. Das ist momentan nicht der Fall. Die Konzentration der  
301 Vermögen ist in Deutschland im Vergleich der Eurostaaten am höchsten. Dies  
302 bevorteilt einige wenige und lässt viele im Regen stehen. Diese soziale  
303 Polarisierung gefährdet den gesellschaftlichen Zusammenhalt und damit die  
304 Freiheit des Einzelnen.

305 Uns ist die Freiheit der Menschen wichtiger als die Freiheit des Kapitals. Um  
306 dies zu realisieren, brauchen wir einen handlungsfähigen Staat. International  
307 tätige Unternehmen halten sich allzu oft nicht an nationale Vorgaben und werden  
308 oftmals mächtiger als Staaten. Hier gilt es das Primat der Politik wieder zu  
309 gewinnen, auch damit sich Politik für die Interessen von kleinen und mittleren  
310 Unternehmen einsetzen kann und nicht nur den Profitinteressen einiger weniger  
311 Großkonzerne dient. Wir brauchen keine Monopole, sondern Wettbewerb durch  
312 Innovationskraft, um Antworten für die dringend notwendige ökologische  
313 Modernisierung zu finden. Deshalb kämpfen wir gegen Machtwirtschaft und für  
314 fairen Wettbewerb mit gleichen Spielregeln für alle Marktteilnehmer. Der  
315 europäische Binnenmarkt zeigt, dass freier Handel große Chancen bietet.  
316 Freihandelsabkommen sind nicht per se schlecht, wenn dabei die Rechte der  
317 VerbraucherInnen und demokratisch-rechtsstaatliche Grundsätze nicht verwässert,  
318 sondern nach Möglichkeit sogar gestärkt werden. Profitieren müssen  
319 Verbraucherschutz, Umweltschutz, soziale Rechte und Wirtschaft. Wir wollen  
320 solche Vertragsverhandlungen in diesem Sinne gestalten und transparent  
321 durchführen. In der jetzigen Form lehnen wir die transatlantischen  
322 Handelsabkommen CETA und TTIP ab. Dabei geht es uns auch darum, ob Agrarlobbys,  
323 Lebensmittel-Multis, Chemiekonzerne und Saatgutmonopolisten den schnellen  
324 Durchgriff haben auf Regierungspolitik oder ob die Freiheit und die Rechte der  
325 VerbraucherInnen vorne stehen. Die Handelsabkommen bergen die Gefahr, dass durch  
326 Klagen der Konzerne vor privaten Schiedsgerichten demokratische Entscheidungen  
327 ausgehebelt werden. Solche Klage-Privilegien lehnen wir ab. Und durch die  
328 geplante Durchmarktung von Kunst- und Kultur drohen Reflexionspotenziale  
329 verschüttet zu werden und Freiheitsspielräume verloren zu gehen.

330 Die Große Koalition gefährdet Demokratie und Selbstbestimmung durch ihre  
331 Unterstützung von diesem TTIP. Die Bundeskanzlerin will die Risiken des  
332 transatlantischen Handelsabkommens nicht sehen, weil die Hoffnung auf  
333 wirtschaftliches Wachstum um jeden Preis überwiegt. Die SPD hat erst spät und  
334 unter massivem Druck zu zweifeln begonnen. Das ist nicht das einzige Beispiel  
335 einer Wirtschaftspolitik, die an den Menschen vorbei praktiziert wird. Bei der  
336 Reform des EEG wurden die Ausnahmen für Industrie nicht angetastet. So werden  
337 die Kosten weiter auf die VerbraucherInnen abgewälzt und die Konzerne geschont.

338 Wir Grüne kämpfen gegen Investor-Staats-Klagen, die in den Abkommen TTIP und  
339 CETA die demokratisch legitimierten Institutionen zu untergraben drohen. Erste  
340 Anzeichen für Zweifel innerhalb der EU-Kommission werten wir als Erfolg der  
341 Zivilgesellschaft, die aber weiter - mit unserer Unterstützung - Druck machen  
342 muss. Wir stellen uns gegen intransparente Verhandlungen und gegen die Absenkung



343 von Standards. Alle geheimen Absprachen müssen auf den Tisch, damit die Abkommen  
344 öffentlich diskutiert werden. Aber wir machen bei TTIP und CETA nicht halt. Wir  
345 fordern klare Regeln für die Wirtschaft - gegen Kartelle und Oligopole oder  
346 Banken, die „too big to fail“ sind. Diese Regeln ermöglichen erst  
347 unternehmerische Freiheit für alle. Wir werden der Wirtschaft im Rahmen des  
348 Ordnungsrechts klare Regeln setzen. Dazu gehört auch Transparenz bei Lobbyismus,  
349 denn geheime Einflussnahme durch die Großen ist oft ein Problem für das  
350 Gemeinwohl. Die politische Selbstbestimmung wollen wir stärken, indem wir  
351 selbstorganisierte Zusammenschlüsse der europäischen Zivilgesellschaft, wie  
352 derzeit im Rahmen der europäischen Kampagne gegen CETA und TTIP, unterstützen.

353 Wenn immer mehr Menschen einer Ökonomie des Habens und Besitzens eine neue  
354 Kultur des Teilens entgegensetzen, dann sollte grüne Politik hier ein Pfadfinder  
355 der Freiheit sein. Share-Economy, Makers-Markets, Elterninitiativ-Kitas, freie  
356 Schulen, Projekte der Bürgerenergie und unzählige andere Bürgerinitiativen sind  
357 - wenn sie nicht nur Einzelinteressen, sondern dem Gemeinwohl verpflichtet und  
358 sozial verträglich sind - die besten Beispiele dafür, dass nicht alles durch den  
359 Staat bis ins kleinste Detail geregelt, vorgeschrieben und organisiert werden  
360 muss.

#### 361 *II.5 Als VerbraucherInnen selbstbestimmt und frei entscheiden können*

362 VerbraucherInnen brauchen unabhängige Informationen, um frei entscheiden zu  
363 können, welche Produkte sie kaufen, wo sie ihr Geld anlegen oder was sie essen.  
364 Unser emanzipatorisches Freiheitsverständnis basiert darauf, dass  
365 VerbraucherInnen dazu in die Lage versetzt werden, frei entscheiden zu können.  
366 Ein Lebensmittelskandal nach dem anderen macht deutlich, dass beim Schutz und  
367 bei der Information der VerbraucherInnen, genau wie bei der Transparenz der  
368 Lebensmittelproduktion, ein starker und tatkräftiger Anwalt für die Bürgerinnen  
369 und Bürger fehlt.

370 Die Große Koalition gefährdet die Selbstbestimmung der VerbraucherInnen, denn  
371 sie schränkt ihre Möglichkeiten ein, freie und transparente Entscheidungen zu  
372 fällen. Sie gefällt sich in der Rolle der Lobby der Produzenten - wie ihre  
373 Wirtschaftspolitik zeigt. Sie geht das Thema Verbraucherschutz und  
374 Verbraucherinformation nicht an.

375 Wir Grüne verstehen uns als Anwalt der Bürgerinnen und Bürger. Wir verteidigen  
376 die VerbraucherInnen gegenüber den großen Lobbys, sorgen für Transparenz und  
377 schaffen durch Information die Grundlage für freie Entscheidungen. Wir fordern  
378 verbraucherfreundliche Spielregeln für einen fairen und transparenten Markt.  
379 Damit kann - wer will - seine Kaufentscheidungen nach ökologischen und sozialen  
380 Merkmalen treffen. Deshalb brauchen wir ein grunderneueretes  
381 Verbraucherinformationsgesetz, das selbstbestimmte Entscheidungen unterstützt.  
382 So stärken wir die Rechte der Verbraucherinnen und Verbraucher und nehmen die  
383 Produzenten in die Pflicht. Außerdem wollen wir in Handelsverträgen mit  
384 Entwicklungsländern verpflichtend Umwelt-, Menschenrechts- und Sozialklauseln  
385 verankern.

#### 386 *II.6 Selbstbestimmt leben - ganz egal was der Background ist*

387 Aus unserem emanzipatorischen Freiheitsverständnis heraus treten wir für gleiche

388 Rechte für alle ein - egal welcher Herkunft, welchen Glaubens, welchen Alters,  
389 welchen Geschlechts und welcher sexuellen Orientierung, ob mit Behinderung oder  
390 ohne. Wir kämpfen für eine Gesellschaft frei von Rassismus und Diskriminierung.  
391 Hier gibt es in Deutschland immer noch viel Nachholbedarf. Frauen verdienen  
392 deutlich weniger als Männer. Die Kombination von Minijobs und Ehegattensplitting  
393 verhindert weiterhin die Absicherung von Frauen und bringt sie oft in die  
394 Altersarmut. Gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften haben immer noch nicht  
395 die gleichen Rechte wie Heterosexuelle. Viele junge Menschen müssen sich immer  
396 noch entscheiden, welchen Pass sie haben wollen, statt einfach einen Doppelpass  
397 zu erhalten.

398 Die Große Koalition hat in der Gesellschaftspolitik bis jetzt nicht viel bewegt.  
399 Schlimmer noch, sie erhebt gar nicht erst ernsthaft den Anspruch die  
400 Gesellschaft zu modernisieren. Vielmehr macht sie Alibipolitik, die im besten  
401 Fall nichts schlimmer und im schlimmsten Fall vieles kaputt macht. Sie ringt  
402 sich widerwillig zu einer Frauenquote durch, die nicht weit genug geht. Lesben  
403 und Schwulen werden weiterhin elementare Rechte vorenthalten. So bleibt die  
404 Große Koalition bei der verfassungswidrigen Benachteiligung eingetragener  
405 Lebenspartnerschaften im Adoptionsrecht und im Steuerrecht. Die doppelte  
406 Staatsbürgerschaft wurde von Sigmar Gabriel lauthals versprochen - gekommen sind  
407 bürokratische Ausnahmeregelungen. In der Drogen- und Suchtpolitik ist die Große  
408 Koalition ideologisch verbohrt. Sie setzt auch weiterhin auf längst gescheiterte  
409 Verbote, Repression und Bevormundung.

410 Wir Grüne fordern einen neuen Aufbruch in der Gesellschaftspolitik. In der rot-  
411 grünen Regierungszeit haben wir viele neue Freiheiten erkämpft, doch seitdem hat  
412 sich nicht mehr viel getan. Wir Grüne kämpfen gegen jede Form von Rassismus und  
413 gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, setzen uns für eine wirkliche  
414 Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften ein, schlagen  
415 die Gläserne Decke für Frauen in dieser Gesellschaft ein und wollen Menschen  
416 nicht mehr vor die Entscheidung stellen, welchen Pass sie haben. In der  
417 Drogenpolitik wollen wir die Kriminalisierung von KonsumentInnen beenden und  
418 heute illegale Substanzen wie Cannabis, aus dem Schwarzmarkt herausholen. Nur so  
419 kann man wirksam Prävention und Jugendschutz betreiben, sinnvolle Maßnahmen zur  
420 Schadensminderung anbieten und Kriminalität effektiv bekämpfen. Wir verstehen  
421 Freiheit als solidarisch, partizipatorisch und emanzipatorisch, weil sie die  
422 Voraussetzungen für selbstbestimmte Entscheidungen für alle schafft. Deshalb  
423 setzen wir uns für eine Politik ein, die wirkliche Selbstbestimmung und ein  
424 Leben ohne unnötige Einschränkungen ermöglicht.

425 *II.7. Eine freie Gesellschaft braucht Teilhabe und sozialen Zusammenhalt*  
426 Freiheit ist für uns Grüne nicht nur die Abwesenheit von staatlicher Repression  
427 und unsinnigen Verboten. Wir wollen auch die Freiheit und Selbstbestimmung von  
428 Menschen ausweiten, indem wir ihnen gemäß unserem emanzipatorischen und  
429 partizipativen Freiheitsverständnis mehr Teilhabe an dieser Gesellschaft  
430 ermöglichen. Frei ist eine Gesellschaft nur dann, wenn sie allen ihren  
431 Mitgliedern gleiche Rechte und Chancen einräumt. Dabei geht es nicht um  
432 staatliche Gleichmacherei, sondern um eine Politik, die sich dem Gemeinwohl und  
433 dem sozialen Zusammenhalt verpflichtet fühlt.

434 Die Große Koalition traut sich an eine grundlegende Reform unserer Sozialsysteme

435 nicht heran. Dabei wissen im Grunde alle, dass unser Rentensystem keinen  
436 effektiven Schutz vor Altersarmut bietet und unsere Sozialbürokratie sehr  
437 bürokratisch, aber nur bedingt sozial ist.

438 Wir Grüne kämpfen für eine Mindestabsicherung, die Freiheit ermöglicht und keine  
439 neuen Abhängigkeiten schafft. Mit unserer grünen Grundsicherung stellen wir uns  
440 gegen eine Sozialstaatsgängelung, in der Zahnbursten gezählt werden. Statt auf  
441 Bestrafung und Gängelung setzen wir auf Motivation, Hilfe und Anerkennung. Im  
442 Kampf gegen die Altersarmut haben wir deshalb mit unserer Garantierente ein  
443 Konzept vorgelegt, das sicherstellt, dass auch Geringverdienende, Erwerbstätige  
444 in Teilzeit oder mit unterbrochenen Erwerbsbiografien als langjährig Versicherte  
445 der gesetzlichen Rentenversicherung im Alter nicht auf Leistungen der  
446 Grundsicherung angewiesen sind. Damit wird Altersarmut auch und gerade von  
447 Frauen verhindert.

#### 448 *II.8 Freie Entfaltung und selbstbestimmte Entscheidungen für alle Familien*

449 In unserem Land gibt es eine große Vielfalt familiären Zusammenlebens, die alle  
450 unsere Anerkennung erfahren: Sie alle haben ein Recht darauf frei und  
451 selbstbestimmt ihren Alltag zu leben. Dafür müssen allerdings endlich die  
452 Voraussetzung geschaffen werden: ob über die notwendige Reform des  
453 Ehegattensplittings, über ausreichende Kita-Plätze, eine funktionierende  
454 Betreuungs- und Schulinfrastruktur, die Möglichkeit von Teilzeitstellen, das  
455 Rückkehrrecht auf Vollzeit oder die Absicherung von Phasen der Fürsorge. Hier  
456 sind sowohl Staat als auch Wirtschaft und Gesellschaft gefragt, emanzipatorische  
457 und partizipative Freiheit zu ermöglichen. Wenn zwei Drittel aller Eltern  
458 Erwerbs- und Familienarbeit partnerschaftlich aufteilen wollen, dies aber nur in  
459 sechs Prozent der Fälle im Alltag gelingt, ist das eine erschreckende Diskrepanz  
460 - und ein Auftrag an unsere Politik, den wir beherzt annehmen.  
461 Gute Bildung ist der Grundpfeiler einer offenen Gesellschaft. Deshalb brauchen  
462 wir ein Bildungs- und Wissenschaftssystem, das den Menschen ermöglicht bewusste  
463 und verantwortungsvolle Entscheidungen zu treffen. Eine pluralistische und  
464 lebendige Demokratie lebt vom Mitmachen der BürgerInnengesellschaft. Deshalb  
465 muss unsere Demokratie genügend Freiräume und vielfältige Bildungsmöglichkeiten  
466 bieten, damit neue Ideen entwickelt und getestet werden können.

467 Die Große Koalition gefährdet die Entscheidungsfreiheit von Familien. Besonders  
468 die Union hält an einem Familienbild aus dem letzten Jahrhundert fest und  
469 ignoriert die Realität mit ihren vielfältigen Familienformen und vielseitigen  
470 Anforderungen. Letztendlich leiden darunter die Kinder. Wirksame Maßnahmen gegen  
471 die geringeren Gehälter von Frauen bleibt sie schuldig. In der Bildungspolitik  
472 macht sie Tappschritte. Zu einem wirklichen Ende des Kooperationsverbots kann  
473 sie sich nicht durchringen, obwohl damit endlich große gesamtstaatliche Aufgaben  
474 gemeinsam angepackt und die Fundamente der Bildungsfinanzierung gestärkt werden  
475 könnten.

476 Wir Grüne fordern Kinder in den Mittelpunkt der Familienpolitik zu stellen. Das  
477 bedarf der Anerkennung und Gleichbehandlung aller Familienmodelle und flexibler  
478 Arbeitsmodelle, die auf die Bedürfnisse der Menschen eingehen. Dazu braucht es  
479 eine Betreuungs- und Bildungsinfrastruktur, die es Eltern ermöglicht, Beruf und  
480 Familie partnerschaftlich zu vereinbaren. Bei der Infrastruktur dürfen wir die  
481 Qualität der Einrichtungen nicht vernachlässigen. Niemandem ist geholfen, wenn

482 die Kinder entweder keinen Platz in einer Einrichtung finden oder in zu großen  
483 Gruppen zu wenige Anregungen erfahren. Kitas, Schulen und Hochschulen brauchen  
484 eine angemessene Ausstattung. Nur so kann sie zu einem selbstbestimmten Leben  
485 führen. Wir sehen es als wichtige staatliche Aufgabe, alle Menschen in die Lage  
486 zu versetzen, an der Willensbildung in diesem Land teilzunehmen und ihr  
487 persönliches Schicksal bewusst beeinflussen zu können. Diese persönliche  
488 Freiheit und Selbstbestimmung ist das Ziel grüner Politik. Und diese Debatte  
489 werden wir im kommenden Jahr mit unserem Schwerpunkt Zeitpolitik fortsetzen.

# Antrag

## 38. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz Hamburg, 21. - 23.11.2014

**AntragsstellerIn:** BAG Medien und Netzpolitik

**Gegenstand:** Digitale Selbstbestimmung gewährleisten -  
Grenzenlose Überwachung stoppen!

### 1 Antragstext

2 „Ein Mensch unter Beobachtung ist niemals frei; und eine Gesellschaft unter  
3 ständiger Beobachtung ist keine Demokratie mehr.“  
4 (SchriftstellerInnen Appell 2013)

5 Seit Juni 2013 werden wir mit immer neuen Enthüllungen zum größten Überwachungs-  
6 und Ausspähskandals der Geschichte konfrontiert; kaum fassbare und  
7 menschenrechtsverachtende, anlasslose und flächendeckende Überwachungsmaßnahmen  
8 werden öffentlich bekannt. Diese Praktiken der Überwachung werden von der  
9 amerikanischen NSA oder dem britischen GCHQ oft in Zusammenarbeit mit anderen  
10 westlichen Geheimdiensten, inklusive dem deutschen Bundesnachrichtendienst  
11 (BND), durchgeführt. Wir GRÜNE fordern ein Ende dieser Totalüberwachung. Daraus  
12 folgt eine strikte parlamentarische Kontrolle der Geheimdienste, eine lückenlose  
13 Aufklärung über die Zugriffe der Geheimdienste auf personenbezogene Daten im In-  
14 und Ausland, zwingend notwendige gesetzliche Klarstellungen bezüglich der  
15 Überwachungs-Befugnisse, einen sicheren Aufenthalt für Edward Snowden in  
16 Deutschland und Europa und einen besseren gesetzlichen Schutz von  
17 Hinweisgeberinnen und Hinweisgebern (Whistleblowern). Darüber hinaus muss die  
18 Bundesregierung den verfassungsrechtlich gebotenen Schutz der wichtigsten  
19 Kommunikationsinfrastruktur unserer Zeit gewährleisten, um unsere Grund-,  
20 Bürger- und Freiheitsrechte, insbesondere das Recht auf Privatsphäre und das  
21 Telekommunikationsgeheimnis, auch in der digitalen Welt durchzusetzen. Dies  
22 erfordert weitreichende politische und rechtliche Veränderungen, was den  
23 rechtlichen und technischen Schutz der Privatsphäre und die Datensicherheit  
24 angeht.

25 **Wir GRÜNE fordern daher:**

26 **I. Rechtsstaat und Datensouveränität mit rechtlichen und diplomatischen Mitteln**  
27 **verteidigen**

28 **1. Straftaten gegen die Datensouveränität konsequent verfolgen**

29 Straftaten gegen BundesbürgerInnen sind konsequent zu verfolgen - auch und  
30 gerade dann, wenn sie von ausländischen Geheimdiensten begangen werden. In den  
31 letzten Monaten bekannt gewordene Vorfälle und Programme müssen umfassend  
32 untersucht, der Sachverhalt vollständig ausermittelt und, wo möglich, den  
33 deutschen Gerichten zugeführt werden. Die entsprechend verantwortlichen Personen  
34 in Deutschland sind zu identifizieren und strafrechtlich zu verfolgen oder,  
35 falls sie diplomatischen Schutz genießen, entweder auszuweisen oder zur  
36 unerwünschten Person zu erklären. Gegen EU-Mitgliedsstaaten, deren Geheimdienste  
37 weiterhin Angriffe auf Informationssysteme anderer Mitgliedsstaaten unternehmen,  
38 muss ein Vertragsverletzungsverfahren angestrengt werden. Deutsche  
39 Ermittlungsbehörden sollten zur Aufdeckung der in Deutschland stattgefundenen  
40 Angriffe alle notwendigen Ressourcen einsetzen, insbesondere die Unterstützung  
41 des Cybercrime Center von Europol für entsprechende Ermittlungen anfordern, da  
42 dies nicht eigeninitiativ tätig werden darf.

43 **2. Keine Duldung von und Kooperation mit rechtsverletzenden ausländischen**  
44 **Geheimdiensten**

45 Jede Form der Duldung von und Kooperation deutscher Behörden mit ausländischen  
46 Geheimdiensten, die offensichtlich rechtswidrig BürgerInnen in Deutschland  
47 überwachen, muss umgehend eingestellt werden. Insbesondere dürfen die deutschen  
48 Geheimdienste nicht mit ausländischen Diensten Daten austauschen bzw. deren  
49 Datenerhebung im Inland unterstützen, wenn die ausländischen Dienste die Daten  
50 auf nicht nachweisbaren oder gesetzeswidrigem Weg erlangten und/oder sie einer  
51 Nutzung zuführen, die für deutsche Dienste verboten ist. Die Verhinderung der  
52 großflächigen Ausforschung von BürgerInnen in Deutschland muss von den deutschen  
53 Diensten als Teil der Spionageabwehr verstanden werden; entsprechende Methoden  
54 und Ressourcen sind einzusetzen. Die Kooperation mit anderen Geheimdiensten, z.  
55 B. über das EU-Intelligence Center (INTCENT), muss eingestellt werden, solange  
56 diese keine Rechtsgrundlage im EU-Recht hat und keine angemessenen rechtlichen  
57 Rahmenbedingungen und Praktiken der kooperierenden Geheimdienste vorliegen. Die  
58 Bundesregierung und die Europäische Kommission müssen sicherstellen, dass sich  
59 ausnahmslos alle EU-Mitgliedsstaaten und ihre Geheimdienste an geltende  
60 nationale und europäische (grund-)rechtliche Vorgaben halten. Wir brauchen  
61 unverzüglich europaweite und langfristig weltweite Mindeststandards für  
62 geheimdienstliche Eingriffe in Grundrechte und ein effektives Kontroll- und  
63 Sanktionsregime.

64 **3. Informationelle Selbstbestimmung der BürgerInnen als Voraussetzung**  
65 **internationaler Zusammenarbeit**

66 Unser Recht auf Privatheit und unsere Datensouveränität, das haben die  
67 Enthüllungen Edward Snowdens gezeigt, stehen derzeit massiv in Frage. Es ist  
68 gegen staatliche und nichtstaatliche Akteure, egal ob diese inner- oder  
69 außerhalb der EU beheimatet sind, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu  
70 verteidigen. Die Bundesregierung muss unmissverständlich deutlich machen, dass  
71 sie die Verletzung der Privatsphäre ihrer BürgerInnen nicht hinnimmt und hierauf  
72 entsprechend reagiert. Insbesondere sollte die Bundesregierung die  
73 vollumfängliche Beachtung der - auch verfassungsrechtlich gebotenen -

74 Datensouveränität von BürgerInnen und Unternehmen zur Mindestbedingung von  
75 Zusammenarbeit machen, z. B. in Bezug auf die Bereitschaft zum Datenaustausch  
76 bei Sicherheitspartnerschaften, Freihandelsabkommen oder der Vergabe von  
77 öffentlichen Aufträgen. Der Abschluss eines Rahmenabkommens zum Datenschutz im  
78 Strafverfolgungsbereich zwischen der EU und den USA mit effektiven,  
79 durchsetzbaren Rechten für europäische BürgerInnen muss Bedingung für jede  
80 weitere Zusammenarbeit mit US-Behörden sein. Bestehende Datenaustauschabkommen,  
81 zum Beispiel bezüglich des Austauschs von Bank- oder Fluggastdaten, müssen vor  
82 dem Hintergrund der Erkenntnisse der letzten Monate aufgekündigt werden.

#### 83 **4. Deutsche Geheimdienste demokratisch einhegen und kontrollieren**

84 Auch die Befugnisse der deutschen Geheimdienste und Sicherheitsbehörden sind,  
85 das hat eine entsprechende Anhörung namhafter Verfassungsrechtler des  
86 Parlamentarischen Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages deutlich  
87 gemacht, gesetzlich einzuhegen und die praktische Umsetzung sehr viel effektiver  
88 zu kontrollieren, allen voran durch die Parlamente, in den Diensten selber,  
89 durch die Gesellschaft und die Judikative. Die Möglichkeiten der technischen  
90 Überwachung müssen klar eingegrenzt werden. Bekannt gewordene Praktiken, vor  
91 allem was den Einsatz gemeinsamer Programme mit ausländischen Diensten und  
92 offenbar gewordenen Ringtausch-System von rechtswidrig erlangten Daten angehen,  
93 sind mit verfassungsrechtlichen Vorgaben nicht zu vereinbaren und müssen daher  
94 umgehend eingestellt werden. Das bewusste Verbauen und Offenhalten von  
95 Sicherheitslücken und die Kompromittierung von Netzinfrastrukturen und  
96 Computern, sind zu untersagen..) Auch im Ausland dürfen grundsätzlich durch  
97 deutsche Dienste keine Praktiken eingesetzt werden, die im Inland verboten sind.  
98 Die parlamentarischen Kontrollgremien sind besser auszustatten und mit  
99 robusteren und konkreteren Befugnissen zu versehen. Die Information muss  
100 zukünftig umfassend und proaktiv, nicht bloß wie bisher unvollständig und nur  
101 auf direkte Nachfrage erfolgen. Die Transparenz und die  
102 Rechtsschutzmöglichkeiten von Betroffenen sind zu verbessern. Whistleblower  
103 verdienen effektiven rechtlichen Schutz, besonders, wenn sie Informationen  
104 offenlegen, die klar rechtswidriges Handeln bspw. von in- oder ausländischen  
105 staatlichen Behörden betreffen. Sowohl der NSU- als auch der NSA-Skandal haben  
106 ein mannigfaltiges Versagen der Dienste offenbart. Hieraus müssen wir  
107 Konsequenzen ziehen: Für das Bundesamt für Verfassungsschutz fordern wir eine  
108 vorübergehende Auflösung und eine anschließende Debatte, welche Kompetenzen in  
109 einer neu zu gründenden Stelle wie fortgeführt werden könnten. Den Militärischen  
110 Abschirmdienst (MAD) wollen wir abwickeln.

#### 111 **5. Unabhängigkeit der Institutionen**

112 Die Bundesregierung wird endlich einen ersten wichtigen Schritt gehen, und die  
113 Bundesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit aus der direkten  
114 Verantwortlichkeit des Bundesinnenministeriums herauslösen. Damit setzt sie die  
115 seit Jahren überfällige Unabhängigkeit, die von uns gemeinsam mit dem  
116 Europäischen Gerichtshof wiederholt eingefordert wurde, endlich um. Nun muss  
117 dringend eine den aktuellen Herausforderungen angemessene personelle und  
118 finanzielle Ausstattung beschlossen werden. Ein ähnlicher Schritt steht beim  
119 Bundesamt für Informationssicherheit (BSI) noch aus. Wir wollen auch dieses  
120 Bundesamt unabhängig vom Innenministerium stellen. Durch erweiterte Befugnisse  
121 und eine verbesserte personelle und finanzielle Ausstattung wollen wir  
122 sicherstellen, dass das Amt zukünftig den in den letzten Jahren massiv  
123 gestiegenen Herausforderungen gerecht werden und seine vielfältigen Aufgaben in

124 angemessener Art und Weise wahrnehmen kann. Bisher weigert sich die  
125 Bundesregierung, diese Vorschläge umzusetzen.

## 126 II. Technische Datensicherheit in den Kern der politischen Gestaltung rücken

### 127 **1. Staatliche Unterstützung für sichere Informationstechnik**

128 Sowohl bei der Vergabe öffentlicher Aufträge als auch bei der staatlichen  
129 Forschungspolitik muss zukünftig ein Schwerpunkt auf die Entwicklung und  
130 Förderung sicherer - möglichst freier - Software gelegt werden. Bekannte  
131 Sicherheitsvorfälle bei Unternehmen sind als negative Bewertung bei der  
132 öffentlichen Beschaffung zwingend zu berücksichtigen. Das erfordert ein  
133 radikales Umdenken, denn statt durch Förderprogramme wie INDECT Unsicherheit und  
134 Überwachung finanziell zu unterstützen, muss der Fokus auf Landes-, Bundes- und  
135 Europaebene zukünftig auf der Förderung sicherer Technik liegen.  
136 Dementsprechend ist es wichtig, einerseits die IT- und Datensicherheitsforschung  
137 im Rahmen staatlicher Institutionen zu fördern und in diese zu investieren,  
138 andererseits aber auch Anreize für unabhängige Sicherheitsforschung zu schaffen,  
139 ihre Erkenntnisse zur Verbesserung der Sicherheit aller einzusetzen. Diese  
140 Schwerpunktsetzung kann somit auch zur Veröffentlichung von Sicherheitslücken  
141 gegen den Wunsch des Herstellers führen.  
142 Ein besonderer Schwerpunkt muss die Entwicklung und Verbreitung ebenso robuster  
143 wie benutzerfreundlicher Cryptosysteme bilden. Hier ist der Aufholbedarf groß.  
144 Der Staat soll in entsprechende Forschung und Ausbildung investieren, denn  
145 hierbei handelt es sich im wahrsten Sinne des Wortes um eine  
146 Schlüsseltechnologie im digitalen Raum. Wir brauchen endlich durchgehende Ende-  
147 zu-Ende-Verschlüsselung bei allen IT-Großprojekten. Nur so ist in den letzten  
148 Monaten massiv verloren gegangenes NutzerInnen-Vertrauen in die globale  
149 Internetinfrastruktur langfristig zurückzugewinnen und Datensouveränität  
150 effektiv zu gewährleisten. Gerade in diesem Bereich sollte darüber nachgedacht  
151 werden, gezielte Förderprogramme für freie und offene Software zu entwickeln, um  
152 die Nachprüfbarkeit des Quellcodes, die Weiterentwicklung und -nutzbarkeit von  
153 Produkten zu sichern.

154 Langfristige Forschungsschwerpunkte sollten auch auf "Software-Verifikation"  
155 liegen und eine Offensive für hier vor Ort entwickelte und produzierte  
156 Technologie angestrebt werden (z. B. in der Chip-, Netzwerk- und  
157 Speichertechnik). Deutschland sollte hier - auch vor dem Hintergrund des hohen  
158 deutschen Datenschutzniveaus - innerhalb Europas eine Vorreiterrolle einnehmen.  
159 Zwingend einhergehen muss dies mit dem klaren gesetzlichen Verbot an  
160 Geheimdienste und andere Sicherheitsbehörden, Einfluss auf die Forschung und  
161 Entwicklung solcher Technik zu nehmen. Deutsche und europäische  
162 Ausschreibungsbestimmungen müssen überprüfbar sichere IT beinhalten, etwa durch  
163 Bevorzugung von Open-Source-Lösungen.

### 164 **2. Einführung einer gesetzlichen Pflicht, Sicherheitslücken umgehend zu beheben**

165 Es bedarf einer umfassenden Meldepflicht für Sicherheitsvorfälle im IT-Bereich.  
166 Zudem bedarf es einer Verbesserung der Überprüfbarkeit von Software durch den  
167 Zwang, anders als bisher mit Sicherheitsproblemen umzugehen. Es muss eine  
168 gesetzliche Verpflichtung geben, Schwachstellen umgehend zu melden und  
169 schnellstmöglich zu beheben. Im Bereich offener Software sollte der Staat  
170 Systeme zur schnellen Behebung fördern und eine öffentlich einsehbare Warnliste



171 mit entsprechend bekannten Problemen pflegen. Außerdem treten wir für Änderungen  
172 der Haftungs- und Gewährleistungsregeln ein, um Unsicherheit signifikant teurer  
173 zu machen als Untätigkeit. Die Haftung sollte für Herstellung und Vertrieb von  
174 Software gelten, die nicht auf quelloffener Software basiert. Dabei sollten  
175 nicht die Schwachstellen selbst zu einer Sanktion führen, sondern nur der  
176 falsche Umgang mit Sicherheitsproblemen. Voraussetzung der Haftung für  
177 Sicherheitslücken sollte sein, dass diese trotz Kenntnis des Verantwortlichen  
178 nicht in angemessener Zeit gemeldet und geschlossen worden sind.  
179 Die Meldepflichten im geplanten IT-Sicherheitsgesetz und in der sich kurz vor  
180 dem Abschluss befindlichen Netzwerk- und Informationssicherheits-Richtlinie der  
181 EU sind ein Schritt in die richtige Richtung, greifen aber zu kurz, weil sie nur  
182 neue Sicherheitsvorfälle adressieren, darüber hinaus aber keine Regeln zum  
183 Umgang mit bekannten Schwachstellen enthalten. Zudem sollen sie nur für  
184 Unternehmen, nicht jedoch für staatliche Stellen gelten. Die Bundesregierung  
185 muss sich bei ihrem eigenen Gesetz und im Ministerrat für die europäische  
186 Richtlinie dafür einsetzen, dass auch bekannt gewordene Schwachstellen  
187 angegangen und auch staatliche Stellen zur Meldung und Schließung von Lücken  
188 verpflichtet werden.  
189 Eine besondere Verpflichtung haben die Zertifizierungsstellen (Certificate  
190 Authorities, CA). Sie sind für das Erstellen, die Ausgabe, Verwaltung und  
191 Sperrung von digitalen Zertifikaten zuständig. Werden von ihnen technische  
192 Schwachstellen bewusst verschwiegen und nicht umgehend behoben und nach deren  
193 Beseitigung öffentlich gemacht, so muss neben empfindlichen Geldstrafen auch die  
194 Möglichkeit weiterer, effektiver Sanktionen wie dem Strafrecht bestehen.

### 195 **3. Gesetzliche Gewährleistung des Rechts, Unsicherheit thematisieren zu dürfen**

196 Wir wollen das Aufdecken technischer Schwachstellen fördern. Wer  
197 Sicherheitslücken aufdeckt, den Hersteller informiert und ihm eine angemessene  
198 Zeit zur Korrektur einräumt, bis er die Sicherheitslücke veröffentlicht (sog.  
199 Responsible Disclosure), darf hierfür nicht bestraft oder kriminalisiert werden.  
200 Es muss vielmehr Unterstützung und Anreize geben, technische Unsicherheit  
201 aufzudecken und klar zu benennen, um mögliche Schäden so klein wie möglich zu  
202 halten. Um dieses Ziel zu erreichen, darf es kein generelles Verbot von  
203 Hackertools geben. Wir wollen außerdem keine Kriminalisierung des umfassenden  
204 Aufdeckens von Sicherheitslücken (Full-Disclosure-Ansatz). Entscheidend ist die  
205 Differenzierung bei der Ausnutzung dieses Wissens, das heißt zu unterscheiden,  
206 ob es z. B. zur Schädigung Dritter genutzt wird oder es legitimer  
207 Sicherheitsforschung dient.

### 208 **4. Mitwirkung staatlicher Stellen bei der Gewährleistung von IT-Sicherheit**

209 Es muss staatlichen Stellen untersagt sein, die Sicherheit und Integrität von  
210 IT-Produkten und der Kommunikationsinfrastruktur negativ zu beeinflussen.  
211 Keinesfalls dürfen staatliche Institutionen und insbesondere Geheimdienste den  
212 Schwarzmarkt für Sicherheitslücken befördern, indem sie dort als Käufer oder  
213 Verkäufer auftreten. Vielmehr muss gelten: Sobald eine staatliche Institution  
214 Kenntnis von einer Sicherheitslücke erlangt, muss sie verpflichtet sein, diese  
215 schnellstmöglich zu melden und zu ihrer Beseitigung beizutragen. Das heißt, den  
216 Hersteller in Kenntnis zu setzen, auf die Beseitigung der Sicherheitslücke zu  
217 drängen, ggf. auch die Öffentlichkeit zu warnen und bei offener Software mit  
218 ihren Möglichkeiten zu unterstützen, die Schwachstellen zu beheben.

219 **5. Einzelne NutzerInnen stärken**

220 Wir sagen klar: Die bekannt gewordenen Praktiken verschiedener westlicher  
221 Geheimdienste, die eng mit großen IT-Firmen kooperieren und unsere Rechner und  
222 Kommunikationsinfrastruktur weitreichend kompromittiert haben, müssen vor allem  
223 tiefgreifende gesetzgeberische Konsequenzen mit dem Ziel der Wiederherstellung  
224 der Herrschaft des Rechts nach sich ziehen. Gleichzeitig kann ein effektiver  
225 Schutz der eigenen Daten und IT Struktur ein Baustein sein, die eigene  
226 Datensouveränität zu stärken. Neben der staatlichen Unterstützung für eine  
227 sichere technische Software- und Hardwareinfrastruktur muss es auch Wege zur  
228 Stärkung der einzelnen NutzerInnen geben. Dazu gehören beispielsweise ein  
229 effektives modernisiertes Datenschutzrecht, der Schutz und der Ausbau der  
230 informationellen Selbstbestimmung, eine den Herausforderungen angemessen  
231 ausgestattete Datenschutzaufsicht sowie der Ausbau entsprechender  
232 Bildungsangebote auf allen Ebenen wie auch weitreichende Auskunftsrechte für die  
233 Betroffenen. Eine Nutzung von Internetdiensten und Telemedienangeboten unter  
234 Pseudonymen oder anonym muss weiterhin möglich sein. Wir wollen die  
235 informationelle Selbstbestimmung auch dadurch stärken, dass Datenhehlerei als  
236 Straftatbestand eingeführt wird. Um europaweit einen starken Datenschutz mit  
237 echten Durchsetzungsmöglichkeiten zu bekommen, muss das Bundesinnenministerium  
238 sich endlich konstruktiv und ergebnisorientiert an den Verhandlungen zur EU-  
239 Datenschutz-Grundverordnung beteiligen.

240 **Debatte vorantreiben**

241 Die Digitalisierung aller Lebensbereiche geht einher mit einer zunehmenden  
242 Automatisierung. Diese Entwicklungen schreiten voran und haben weitreichende  
243 Auswirkungen auf unsere informationelle Selbstbestimmung aber auch auf unsere  
244 Arbeitswelt, unser soziales Zusammenleben, unsere Wirtschaft und unser  
245 Alltagsleben. Wir Grüne stehen dabei an vielen Stellen vor zahlreichen neuen  
246 Herausforderungen und vor Fragen auf die wir noch keine abschließenden Antworten  
247 haben. Um den Diskussionsprozess über diese Entwicklungen voranzutreiben und  
248 Antworten zu erarbeiten, wird der Bundesvorstand gebeten im Jahr 2015 in  
249 Zusammenarbeit mit den Bundesarbeitsgemeinschaften eine eigenständige  
250 inhaltliche Veranstaltung dazu zu organisieren.

**Begründung**

mündlich

# Antrag

## 38. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz Hamburg, 21. - 23.11.2014

**AntragsstellerIn:** Sabine Lübke

**Gegenstand:** Kluge Regeln schaffen Freiheit

### 1 Antragstext

#### 2 **Kluge Regeln schaffen Freiheit**

3 Fragen wir nach der Freiheit sind die weitreichenden Konsequenzen von  
4 Umweltzerstörung, Ressourcenverknappung und Klimawandel sowie die Folgen  
5 sozialer Ungleichheit die zentralen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen unter  
6 denen wir unser Freiheitsverständnis entwickeln. Von hier aus definieren wir  
7 auch eine wirtschaftspolitische Neuorientierung, nachdem liberale  
8 Wirtschaftskonzepte in die schwerste Krise seit den 1930er Jahren geführt haben.

9 Eine Politik, die sich diesen Bedingungen ernsthaft stellt und glaubwürdige  
10 Maßnahmen einleiten will, wird den Menschen auch Zumutungen nicht ersparen  
11 können. Wenn wir der wachsenden sozialen Ungleichheit wirksam gegensteuern  
12 wollen und wenn wir ernsthaft ausreichend Mittel für die dringlichen  
13 Zukunftsinvestitionen in Bildung, Wissenschaft, Infrastruktur, soziale  
14 Integration und ökologischen Umbau mobilisieren wollen, ist es nicht mit ein  
15 paar kosmetischen Korrekturen getan.

16 Ein grünes Freiheitsverständnis lässt sich nicht ohne jeden Bezug auf die Frage  
17 der gesellschaftlichen Ungleichheit entwickeln. Die heute aus dem Marktgeschehen  
18 resultierende Verteilung ist nicht befriedigend und wird nicht mehr als gerecht  
19 empfunden. Ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung kann von freier Entfaltung  
20 nur träumen. Der Staat ist unverzichtbar als Garant gerecht empfundener  
21 Umverteilung und Absicherung und Freiheit vor Existenzangst. Wir werden in  
22 Zukunft keine gerechte gesellschaftliche Entwicklung haben können, ohne dass der  
23 Staat - weitergehend - in den Bereich der Einkommens- und Vermögensverteilung  
24 eingreift. Steuererhöhungen können nicht aus Rücksicht auf betroffene  
25 Wählerschichten ausgeschlossen werden, wenn sie gesamtgesellschaftlich  
26 vernünftig erscheinen. Staatsdefizite können nicht in einer falschen Analogie zu  
27 Privathaushalten a priori ausgeschlossen werden. Eine solche Politik kann in der

28 nächsten Krise soziale Ungleichheit noch weiter verschärfen, so dass von  
29 Chancengleichheit keine Rede mehr sein kann. Die Grünen bleiben bei ihrer  
30 Tradition, die bisher Freiheit nicht ohne Gleichheit und Solidarität gedacht  
31 hat!

### 32 **Schutz freiheitlicher gesellschaftlicher Verhältnisse**

33 In einer Welt mit weitgehend offenen Grenzen und Internet wird zudem der Schutz  
34 vor Wirtschaftskriminalität, organisierter Kriminalität und Terrorismus immer  
35 wichtiger und schwieriger. Solche weltweiten Erscheinungen können unmöglich  
36 wirksam bekämpft werden, ohne dass die Staaten die Überwachung vieler  
37 Aktivitäten weiter ausbauen. Bei aller berechtigter Kritik an NSA & Co.: das  
38 Thema *Schutz der Bürgerrechte* ist zu komplex für einfache Antworten. Wir  
39 befassen uns darum intensiv mit der Abwägung der veränderten Erfordernisse für  
40 den *Schutz der Bürger und der freiheitlichen gesellschaftlichen Strukturen*.  
41 Besonders wichtig ist hier, die Frage nach besserer demokratischer Überwachung  
42 der Überwacher\*innen zu stellen, und danach, wer letztlich entscheidet, was  
43 überwacht wird und was nicht.

44 Der Straßenverkehr ist in Deutschland heute sehr stark reguliert. Und doch  
45 stehen wir Grüne hier eher für noch stärkere Regulierung - etwa  
46 Geschwindigkeitsgrenzen auf der Autobahn, Dezibel-Grenzen bei Motorrädern oder  
47 gar eine Ausweitung verkehrsfreier Flächen. Wie beim Straßenverkehr entspringen  
48 auch die in der Wirtschaft geltenden Regeln nicht einfach bürokratischer  
49 Willkür, sondern einem Regelungsbedarf, der mit der Intensität und  
50 Ausdifferenzierung des Wirtschaftsgeschehens und dem Ausmaß seiner externen  
51 Effekte steigt. Nur der Bedarf an ständiger Regelanpassung wird hier erheblich  
52 größer, weil Wirtschaftsabläufe komplexer sind und sich sehr viel schneller  
53 verändern als die Abläufe im Verkehr.

54 Gewiss ist jedoch, dass wir in sehr vielen Bereichen - keineswegs nur bei Banken  
55 und Großkonzernen - eine wesentlich striktere Regulierung und auch eine bessere  
56 Überwachung wirtschaftlicher Aktivitäten brauchen. Wir haben Verständnis für die  
57 Belange von Unternehmer\*innen, wo sie zu Recht unnütze Bürokratie und  
58 dysfunktionale Regulierungen beklagen. Hier kann eine politische Kultur des  
59 Gehört Werdens sehr hilfreich sein, um bessere Regulierungen zu finden. Und auch  
60 beim Umgang von Behörden mit den Bürger\*innen kann eine solche Kultur, wenn sie  
61 mit etwas mehr Flexibilität verbunden wird, dazu beitragen, dass die sture  
62 Anwendung von Regeln nicht über berechnete Anliegen und pragmatische Lösungen  
63 dominiert.

64 Doch Bürokratieabbau und Deregulierung als allgemeines politisches Ziel zu  
65 vertreten, ergibt keine Schärfung des liberalen Profils der Grünen. Wir können  
66 nicht im Umweltbereich wie auch bei Banken und Großkonzernen, für striktere  
67 Regulierungen eintreten, den Mittelständlern und Freiberuflern aber gleichzeitig  
68 Deregulierung versprechen. Das passt nicht zusammen und wäre nichts weiter als  
69 Klientelpolitik.

### 70 **Die Herausforderung für den öffentlichen Diskurs und den Staat**

71 Mit einfachen und klaren Regelungen eine große Wirkung zu erzielen ist immer das  
72 Ziel. Der liberale Traum, es brauche nur einige wenige Regeln als Rahmen,

73 ansonsten gehe es einzig darum, die maximale Freiheit der Individuen zu sichern,  
74 ist aber weltfremd und nur verständlich als Ergebnis einer historisch einmaligen  
75 wirtschaftlichen Expansionsphase, die inzwischen in ein sehr kritisches Stadium  
76 geraten ist. Die Aufgabe, vor der die immer komplexer werdende moderne  
77 Gesellschaft steht, ist nicht der Abbau von Regeln, sondern die Erfindung  
78 besserer und die Auswahl und Implementierung der besten Regeln.

#### 79 **Die Grenzen des planetaren Handlungsspielraums einhalten**

80 Der Klimawandel stellt uns vor eine epochale Aufgabe. Selbst bei großem  
81 Optimismus im Hinblick auf die Potentiale neuer Technologien und deren schneller  
82 Marktdurchsetzung bleiben zwei Grundprobleme: die mit steigenden Einkommen  
83 wachsenden Konsumansprüche und die anhaltend starke Vermehrung der  
84 Weltbevölkerung. Diese beiden Faktoren drohen jede Verringerung der  
85 Umweltbelastung, die durch innovative Technik erzielt wird, in ihrer Wirkung  
86 aufzuheben. Dabei ist uns klar, wie extrem eng das verbleibende Zeitfenster  
87 inzwischen geworden ist, innerhalb dessen eine völlig katastrophale Entwicklung  
88 des Klimawandels mit hoher Wahrscheinlichkeit noch verhindert werden kann!

89 Um das Klimaproblem in den Griff zu bekommen, muss der Emissionshandel neu  
90 justiert und die Besteuerung stärker auf den Rohstoffverbrauch verlagert werden.  
91 Das damit verfolgte Ziel ist, Preise die ökologische Wahrheit sagen zu lassen  
92 und auf Märkte und Innovationen zu setzen, um den ökologischen Strukturwandel  
93 möglichst effizient voranzutreiben. Es geht darum, die wissenschaftlichen  
94 Erkenntnisse über den planetaren Handlungsspielraum als den Maßstab zu  
95 definieren, an dem sich ein angemessener Ordnungsrahmen orientieren muss.

96 Ebenso wichtig ist die Klärung der Frage, wie man diesen Spielraum so aufteilen  
97 kann, dass sich alle Akteure einigermaßen gerecht behandelt fühlen und daher dem  
98 entsprechenden Ordnungsrahmen zustimmen können. Immerhin gab es das politische  
99 Bemühen, in dieser Richtung voranzukommen und Zielwerte zu bestimmen. So kam das  
100 2-Grad-Ziel in Bezug auf den Klimawandel zustande, und die Rechnung, dass eine  
101 Reduktion der Treibhausgas-Emissionen der Industrieländer um 80-95% erforderlich  
102 ist, um den übrigen Ländern noch ausreichende Wachstumsmöglichkeiten  
103 einzuräumen. Wirklich beeindruckende Fortschritte gibt es aber nur bei der  
104 Energieerzeugung aus Erneuerbaren. Diese jedoch hat ein aktiver Staat ermöglicht,  
105 der gegen die liberalen Marktprinzipien auf die Förderung zukunftsweisende  
106 Technologien gesetzt und dafür geeignete Marktbedingungen erst gestaltet hat.

107 Zahlreiche Beispiele zeigen, wie Menschen im lokalen oder regionalen Rahmen  
108 erfolgreich in der Lage sind, sich Grenzen zu setzen, um mit begrenzten  
109 Umweltressourcen schonend und nachhaltig umzugehen. Dies hat vor allem Elinor  
110 Ostrom in ihren Arbeiten gezeigt. Die große Schwierigkeit auf globaler Ebene, zu  
111 bindenden Vereinbarungen mit klaren, durchsetzbaren Regeln zu kommen, darf nicht  
112 zur Ausrede werden, das unangenehme Thema der notwendigen tiefgreifenden  
113 Transformation unserer Wirtschaft beiseite zu schieben und sich pragmatisch auf  
114 das im Politikbetrieb gerade Akzeptierte und Durchsetzbare zu beschränken.

115 Um diese Grenzen zu setzen, brauchen wir einen aktiven Staat. Das kommt  
116 vielleicht nicht gut an bei einer Mittelschicht, die gerade auf einer Welle des  
117 ökonomischen Erfolgs schwimmt. Gelingt es unserer Spezies jedoch nicht, die

118 Zwänge der Natur auch in institutionelle Zwänge zu übersetzen, die unser  
119 Verhalten in Bahnen der Nachhaltigkeit lenken, dann wird die notwendige  
120 Umwelthanpassung trotz aller technischen Möglichkeiten scheitern. Ein  
121 Ordnungsrahmen aber, der den Anpassungszwängen gerecht wird, würde keine nur  
122 graduelle Veränderung, sondern eine völlig neue Qualität bedeuten. Erst von  
123 einem derartigen Rahmen ausgehend kann sich ergeben, welche Spielräume für  
124 Konsumansprüche bei den jeweils verfügbaren Technologien und angesichts der  
125 damit verbundenen globalen Verteilungsfragen tatsächlich gegeben sind.  
126 Empfindliche Preiserhöhungen könnten etwa den heutigen Grad der Mobilität - für  
127 viele ein Inbegriff von Freiheit - und andere bisherige Konsummuster und  
128 Selbstverständlichkeiten der Lebensführung in Frage stellen.  
129 Die Freiheit des Wirtschaftens ist bislang mit dem Anreiz und der Erwartung  
130 verbunden, Einkommen laufend steigern zu können. Doch das bisherige Muster  
131 ständiger Wohlstandssteigerung lässt sich nicht mehr weiter aufrechterhalten.  
132 Produktivitätssteigerungen müssen auf absehbare Zeit anders genutzt werden,  
133 müssen vor allem in Zukunftsinvestitionen oder Arbeitszeitverkürzungen statt in  
134 die Erhöhung des Konsums fließen. Das ist nicht möglich, ohne dass der Staat  
135 tief in den Marktprozess eingreift. Manche der Vorstellungen von Freiheit, die  
136 sich in einer über zweihundert Jahre anhaltenden Expansionsphase der Wirtschaft  
137 herausgebildet haben, sind nicht zukunftsfähig.

#### 138 **Wir brauchen keine Deregulierung, sondern bessere Regeln**

139 Die Rahmengrößen, die es zur Bewältigung der ökologischen Zukunftsprobleme  
140 braucht, können nur aus der Wissenschaft kommen. Es verlangt politische Führung,  
141 nicht nur das Moderieren öffentlicher Diskurse, um diese Vorgaben auch  
142 durchzusetzen. Auch wenn die Menschen abstrakt um die Umweltprobleme wissen, so  
143 sind Abwehr und Verleugnung doch groß, sobald materielle Interessen und tief  
144 eingewurzelte Selbstverständlichkeiten der Lebensführung in Frage gestellt  
145 werden. Es geht nicht um Bevormundung, sondern einzig darum, bestimmte, nur  
146 naturwissenschaftlich zu fassende Grenzen der Belastbarkeit der Ökosysteme und  
147 des Klimas einzuhalten. Wir müssen unsere Ansprüche an die Natur zurücknehmen,  
148 weil sie nicht mit einer nachhaltigen Produktionsweise vereinbar sind, und  
149 Milliarden von Menschen gerade dabei sind, höhere Konsumansprüche zu stellen.  
150 Angesichts dieser Lage ist es falsch, den Begriff Freiheit mit einer Art  
151 Konsumgarantie zu verbinden.

152 Um die Welt auf einen Kurs der Nachhaltigkeit hinzubewegen, ist es notwendig,  
153 den wissenschaftlichen Diskurs mehr denn je zur politischen Orientierung zu  
154 nutzen, und auch politisch zu kommunizieren. Mit Habermas ließe sich sagen, dass  
155 heute nur die Wissenschaft brauchbare Orientierung für die Regelung von  
156 Problemen der objektiven Welt liefern kann, während für die Regelungen im  
157 Bereich der sozialen Welt, etwa die Aushandlung von Fragen der Angemessenheit  
158 und Gerechtigkeit, die Diskurse der Bürgergesellschaft nach wie vor von höchster  
159 Bedeutung sind. Allerdings sind die Zeiten vorbei, in denen die Politik der  
160 Regelung der sozialen Fragen absoluten Vorrang einräumen konnte. Heute ist es  
161 vielmehr zur dringlichsten politischen Aufgabe geworden, den Stoffwechsel mit  
162 der Natur unter Kontrolle zu bringen, bevor er völlig entgleist. Paradoxerweise  
163 ist jedoch die Lösung der sozialen Fragen, insbesondere im Zusammenhang mit der  
164 wirtschaftlichen Krise, vermutlich unabdingbare Voraussetzung dafür, sich  
165 überhaupt angemessen auf die Umweltprobleme konzentrieren zu können.

166 Da Wissenschaftler\*innen oft umstrittene und widersprüchliche Ergebnisse  
167 produzieren, bleibt eine große Verantwortung bei der Politik: Sie muss letztlich  
168 die Auswahl unter den Wissenschaftler\*innen und Lehrmeinungen treffen, an denen  
169 sie sich orientieren will. Die Organisation großer wissenschaftlich-politischer  
170 Debatten über kontroverse Fragen könnte dabei eine neue Qualität des  
171 öffentlichen Diskurses befördern: weg von der Dominanz des ideologischen  
172 Schlagabtauschs und hin zu höheren Standards der Korrektheit der Darstellung von  
173 Sachverhalten und der kohärenten Integration des verfügbaren Wissens. Solche  
174 großen Debatten können auch die Akzeptanz von Entscheidungen befördern, die  
175 unmittelbaren Interessen der Bürger\*innen widersprechen.

176 Heute muss das Ziel sein, eine gesellschaftliche Autorität zu etablieren, die  
177 für die Einhaltung der ökologischen Grenzen eines sicheren Handlungsspielraums  
178 für die Menschheit sorgt, selbst wenn das empfindliche Einschränkungen unserer  
179 Ansprüche bedeuten sollte. Ideal wäre, wenn die Festlegung bestimmter Parameter  
180 der Umweltpolitik dem üblichen politischen Prozess vorgelagert und in die Hand  
181 unabhängiger Expertengremien gegeben wäre - aus Einsicht in die  
182 Unzulänglichkeiten des politischen Prozesses. Die modernen Staaten sind gut  
183 damit gefahren, die letzte Kontrolle der Gesetzgebung einem unabhängigen  
184 obersten Gericht und die Geldpolitik einer unabhängigen Zentralbank zu  
185 überlassen, wobei der Politik ihrerseits eine letzte Kontrolle durch die  
186 personelle Besetzung dieser Expertengremien behält. So könnte auch die  
187 Festlegung der Zahl der Zertifikate im Emissionshandel in ähnlicher Weise einem  
188 unabhängigen wissenschaftlichen Expertengremium übertragen werden, das auf die  
189 Erreichung eines demokratisch beschlossenen langfristigen Zielwertes  
190 verpflichtet ist.

191 Es geht nicht um die Frage, ob Wachstum ja oder nein oder Kapitalismus ja oder  
192 nein. Doch einige wenige, für die Lebensbedingungen auf dieser Welt  
193 entscheidende Grenzen müssen unbedingt eingehalten werden. Sie betreffen etwa  
194 die Menge der Treibhausgase, die emittiert werden dürfen, die Menge der Fische,  
195 die gefangen werden können oder die Zahl und Größe von Ökosystemen, die  
196 geschützt werden müssen, um die Artenvielfalt zu erhalten. Freie Entfaltung der  
197 Menschen kann dauerhaft nur gelingen, wenn sie sich innerhalb dieser Grenzen  
198 bewegt. Sollte sich herausstellen, dass technologische und soziale Innovationen  
199 es erlauben, unseren Konsum innerhalb dieser Grenzen in jeder Hinsicht weiter  
200 aufrechtzuerhalten oder gar noch zu steigern, wäre das wunderbar. Doch das  
201 können wir nicht im Voraus wissen und auf die Sicherung der Grenzen verzichten,  
202 in der vagen Hoffnung oder trügerischen Heilsgewissheit, dass uns aus  
203 Innovationen die Rettung schon erwachsen wird. Unter Bedingungen weltweit  
204 einigermaßen gerecht verteilter Ansprüche an Naturnutzung, was immer das genau  
205 heißen soll - darüber können nur politische Aushandlungsprozesse entscheiden -,  
206 würde es jedoch überraschen, wenn es zu keinerlei fühlbaren Einschnitten bei  
207 unseren Konsumansprüchen zu kommen bräuchte.

#### 208 **Aktiv gestaltender statt liberaler Staat**

209 Aus verschiedenen Gründen lassen sich die Verhältnisse der wirtschaftlich  
210 prosperierenden Regionen nicht beliebig durch Nachahmung eines verallgemeinerten  
211 Erfolgsrezepts auf andere Regionen übertragen. Die liberale Vorstellung der  
212 Gesamtwirtschaft entspricht der von einzelnen Märkten. Es geht demnach um einen  
213 Konkurrenzkampf, in dem die Besseren zu Recht die Gewinner\*innen sind. Der Staat

214 soll nur für faire Regeln sorgen, und schadet dem Gemeinwohl, wenn er in den  
215 Konkurrenzkampf eingreift, denn es ist von allgemeinem Vorteil, wenn die  
216 Leistungsfähigsten die unternehmerischen Entscheidungen treffen. Auf einzelne  
217 Märkte bezogen hat diese Vorstellung ihre gute Berechtigung. Doch auf ganze  
218 Regionen oder Länder übertragen, führt sie in die Irre. Denn auf dieser Ebene  
219 treten nicht einfach nur erfolgreiche Unternehmen an die Stelle anderer, weniger  
220 erfolgreicher, sondern es können sich gravierende Unterschiede für die  
221 Lebensbedingungen der Menschen herausbilden. Die Vorstellung, dass es bei freien  
222 Märkten zu einer automatischen Angleichung der wirtschaftlichen Leistung und  
223 damit auch der Lebensbedingungen kommen würde, lässt sich genauso wenig  
224 aufrechterhalten wie die, dass Marktprozesse automatisch zu einem Gleichgewicht  
225 bei Vollbeschäftigung tendieren, wenn sie nur nicht durch marktfremde Eingriffe  
226 gestört werden. Daher ist die liberale Vorstellung von einem Staat, der sich aus  
227 der Wirtschaft heraushalten und nur einen Ordnungsrahmen setzen soll, nicht  
228 angemessen. Es braucht einen aktiven Staat, um Arbeitslosigkeit zu bekämpfen und  
229 eine gesunde, für alle Seiten lohnende wirtschaftliche Kooperation der Regionen  
230 und Länder zu fördern.

231 Heute werden neoliberale Rezepte über den Hebel finanzieller Abhängigkeiten auch  
232 anderen Ländern in Europa aufgezwungen. Das mag mitunter durchaus sinnvolle  
233 Reformen auf den Weg bringen. Doch vielfach werden damit einfach nur die  
234 Lebensbedingungen der Menschen massiv verschlechtert, ohne dass selbst nach  
235 vielen Krisenjahren eine wirtschaftliche Perspektive für große Teile der  
236 Bevölkerung erkennbar würde. Das Leben von vielen Millionen von Menschen in  
237 Europa, die langfristig arbeitslos sind oder gar nicht in den Arbeitsmarkt  
238 hineingelangen, werden derzeit auf Dauer ruiniert. Dieses Desaster ist Ergebnis  
239 des liberalen Projekts eines europäischen Binnenmarktes mit gemeinsamer Währung,  
240 doch ohne gemeinsame Wirtschafts- und Sozialpolitik, das gerade auch im  
241 Interesse der deutschen Wirtschaft vorangetrieben worden ist. Darum stellen wir  
242 Grüne die neoliberalen Wirtschaftsrezepte - auch über den Finanzsektor hinaus -  
243 umfassend in Frage. Unkritisch den Liberalismus hochzuhalten, mag einigen  
244 deutschen Unternehmern wie auch anderen Gewinner\*innen der Marktkonkurrenz gut  
245 gefallen. Doch den Menschen in den Krisenländern, die zu Opfern eines Mangels an  
246 verantwortlicher Steuerung des Wirtschaftsprozesses geworden sind, dürfte eine  
247 solche Freiheitsdiskussion eher wie ein Hohn vorkommen. Schließlich haben sie  
248 ihre politische Selbstbestimmung in beträchtlichem Maße verloren.

#### 249 **Ökologische Transformation erfordert Gestaltungswillen**

250 Die ökologische Transformation erfordert einen sehr aktiven Staat, der  
251 umfassende Koordinationsleistungen erbringen muss und der tief in private  
252 Profitmöglichkeiten und andere Ansprüche eingreift. Bei der Energiewende ist es  
253 ja nicht mit der Förderung der erneuerbaren Energien getan. Es bedarf eines  
254 begleitenden Konzeptes des Ausstiegs aus Atom und Kohle, das in Widerspruch zu  
255 starken etablierten Interessen steht, und einen mit den veränderten  
256 Anforderungen abgestimmten Netzausbau, dessen lokale Auswirkungen vielen  
257 Bürger\*innen oft kaum zu vermitteln sind. Es braucht Ansätze,  
258 Versorgungssicherheit bei einem schnell und stark schwankenden Energieangebot zu  
259 sichern, und vor allem, die Abstimmung der verschiedenen energiepolitischen  
260 Instrumente auf diese Anforderungen. Das ist kein Staat, der nur einen Rahmen  
261 setzt! Gleiches gilt für das Ziel, einen klimaneutralen Verkehr oder eine  
262 naturschonende Landwirtschaft zu entwickeln.



263 **Die Frage der Ungleichheit verlangt neue Antworten**

264 Die Tendenz zunehmender Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen, die sich  
265 verschärfenden Ungleichheiten zwischen Regionen in Deutschland wie in Europa und  
266 nicht zuletzt auch die Herausforderungen des demographischen Wandels legen nahe,  
267 dass der Bedarf an staatlicher Umverteilung in Zukunft beträchtlich wachsen  
268 wird, sollen die Lebenschancen der Menschen nicht immer weiter auseinander  
269 driften. Da Einkommen und Vermögen immer weniger aus individuellen Leistungen zu  
270 erklären sind, sondern gerade an der Spitze in hohem Maße aus Chancen und  
271 Profitmöglichkeiten resultieren, die sich oft nur für ohnehin schon  
272 privilegierte Gruppen aus dem wirtschaftlichen Gesamtprozess ergeben, wäre es an  
273 der Zeit, gerade nicht an die bisherigen liberalen Vorstellungen von  
274 individueller Leistung, Eigentum und Vermögen anzuknüpfen. Der hohe Schutz  
275 privater Vermögen ist als ein Kernelement des liberalen Freiheitsverständnisses  
276 in Reaktion auf einen Staat entstanden, der in der Hand einer privilegierten und  
277 ausbeuterischen Adelsklasse war. Er hat eine gewisse Berechtigung behalten, da  
278 auch in der Demokratie der Staat oft zur Durchsetzung von Sonderinteressen  
279 genutzt wird. Doch wir können uns unter den heutigen Bedingungen weder einen  
280 Staat leisten, der von Sonderinteressen beherrscht wird, noch mit den  
281 Ergebnissen abfinden, die sich aus dem Marktprozess ergeben. Somit muss über den  
282 Staat wie über die Ansprüche und Rechte der Marktakteure grundlegend neu  
283 nachgedacht werden. Ein Thema, das dabei für die Frage der Freiheit von hoher  
284 Relevanz ist, ist die Vererbung von Vermögen von vielen Millionen oder gar  
285 Milliarden, deren Entstehung in keiner Weise aus individuellen Leistungen zu  
286 erklären sind, die in Familien weitervererbt werden.

287 **Freiheit des gesellschaftlichen Wissens**

288 Ein anderes Thema ist, inwieweit die Produktion von Wissen in privaten Händen  
289 liegen und mit Eigentumsansprüchen verbunden sein soll. Patente sichern Monopole  
290 auf Wissensvorsprünge, die enorme Profitmöglichkeiten bieten können, während  
291 andere an der Anwendung des entsprechenden Wissens gehindert werden oder viel  
292 dafür bezahlen müssen. Patente basieren auf einer breiten Wissensgrundlage, die  
293 oft in hohem Maße durch staatlich finanzierte Forschung geschaffen wurde. Es  
294 spricht viel dafür, dass der Nutzen für die Allgemeinheit weit höher sein  
295 könnte, wenn der Staat von vornherein die Forschung so weit finanziert und  
296 vorantreibt, dass Patente entweder von staatlichen Einrichtungen angemeldet  
297 werden oder gar nicht mehr möglich sind, weil das Wissen frei verfügbar gemacht  
298 wird. Das könnte viele exzessive Profitmöglichkeiten unterbinden und die  
299 wirtschaftliche Produktivität durch eine schnellere Verfügbarkeit von Wissen für  
300 alle wirtschaftlichen Akteure steigern.  
301 Die Autonomie der Wissenschaft sollte im übrigen in einer freiheitlichen Ordnung  
302 ein hohes Gut sein, das nicht der Abhängigkeit von Drittmitteln geopfert wird.

303 **Die Freiheit des Großen und Ganzen**

304 Heute einseitig den Aspekt der Freiheit zu betonen, heißt Anpassung an einen  
305 Zeitgeist, der sich vom wirtschaftlichen Erfolg Deutschlands berauschen lässt  
306 und sich die Party nicht durch Bedenkenträger\*innen und Miesmacher\*innen  
307 verderben lassen will. Auch wenn es völlig richtig ist, auf die Stärken der  
308 modernen Sektoren zu setzen und sie nach Kräften zu fördern. Wir wollen im Namen  
309 der Freiheit nicht nur einseitig Interessen bestimmter Fraktionen vertreten  
310 sondern uns für die Interessen des Ganzen einsetzen - ganzheitlich Grün!

## **UnterstützerInnen**

- Rudolf Witzke
- Jörg Partsch
- Christian Hey
- Benedikt Kaukler
- Ramon Katrein
- Pascal Haggenmüller
- Rafal Piasecki
- Vasili Franco
- Walther Moser
- Dierk Helmken
- Dietmar Ferger
- Horst Schiermann
- Michael Hoffmeier
- Matthias Falk
- Hartmut Gündera
- Jürgen Jackisch-Theisen
- Georg Berberig
- Christine Redlingshöfer
- Carola Dalhoff

# Antrag

## 38. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz Hamburg, 21. - 23.11.2014

**AntragsstellerIn:** Mathias Wagner

**Gegenstand:** **Die Leitlinien der Grünen für eine  
Regierungsbeteiligung 2017: Ökologisch,  
gerecht, frei und eigenständig**

---

### 1 Antragstext

2 Die Bundestagswahl 2013 war für uns Grüne eine Enttäuschung. Schnitten wir  
3 Anfang 2011 in Umfragen und bei der realen Wahl in Baden-Württemberg noch mit  
4 über 20 Prozent ab, waren es bei der Bundestagswahl nur zweieinhalb Jahre später  
5 gerade einmal 8,4 Prozent. Sicher, die Werte von 2011 waren auch eine Reaktion  
6 der Bevölkerung auf die Reaktorkatastrophe in Fukushima. Andererseits, welch  
7 größeres Kompliment können die Bürgerinnen und Bürger eigentlich einer Partei  
8 machen, als ihr angesichts eines solchen schrecklichen Ereignisses in so hohem  
9 Maße ihr Vertrauen auszusprechen? Leider haben wir dieses Kompliment nicht mit  
10 hoher Sensibilität angenommen, sondern viele Menschen im Gegenteil davon  
11 überzeugt, dass man die Grünen doch lieber nicht wählen sollte.

12 Es war gut, dass sich nach der Bundestagswahl - bis auf wenige Ausnahmen - nicht  
13 gleich Propheten mit allumfassenden Erklärungen für das Wahldebakel und neuen  
14 Heilsbotschaften aufgeschwungen haben. In großer Mehrheit hatte sich die Partei  
15 eine Phase des Innehaltens und des Nachdenkens verordnet. Und das war auch  
16 richtig so.

17 Jetzt, ein Jahr nach der Bundestagswahl, gilt es, den Blick nach vorne zu  
18 richten. In drei Jahren wird ein neuer Bundestag gewählt. Das Ziel ist dabei  
19 klar: Grüne sollen auch im Bund wieder regieren - nicht als Selbstzweck und um  
20 jeden Preis, sondern auf Grundlage unserer Werte, Konzepte und Inhalte. Jeder  
21 Tag der großen Koalition zeigt, wie wichtig das ist. Es ist ganz einfach: Nur  
22 Grüne bringen in einer Koalition mit SPD oder CDU deren beste Seiten zum  
23 Vorschein - weil bei uns die Inhalte zählen. Das zeigen die Erfahrungen in den  
24 sieben Landesregierungen mit grüner Beteiligung.

25 Es gilt daran anzuknüpfen, was die Menschen Anfang 2011 schon einmal bundesweit  
26 in den Grünen gesehen haben und bis heute insbesondere in den grünregierten  
27 Ländern sehen: eine wertorientierte, glaubwürdige, verlässliche und über den  
28 Tag hinaus denkende Partei, die Ökologie, Gerechtigkeit sowie Freiheit  
29 miteinander verbindet und damit eine eigenständige Kraft im politischen Spektrum  
30 ist. Nicht rot-grün, nicht schwarz-grün, nicht neue FDP, sondern schlicht und  
31 einfach: DIE GRÜNEN.

32 Die Bürgerinnen und Bürger wollen eine solche eigenständige politische Kraft der  
33 linken Mitte. Sie wollen kreative Ideen für komplexe Probleme statt plumper  
34 Debatten. Sie wollen, dass Umweltschutz und wirtschaftliche Entwicklung  
35 miteinander und nachhaltig in Einklang gebracht werden. Sie wollen, dass es fair  
36 und gerecht in unserem Land zugeht, aber ohne dass ihre freie Entfaltung  
37 eingeschränkt wird oder eine wachsende Sozialbürokratie Einheitslösungen statt  
38 individueller Unterstützung anbietet. Sie wollen ihre Freiheit und wissen  
39 gleichzeitig, dass diese ihre Grenzen an der Freiheit des anderen und an der  
40 Freiheit kommender Generationen und deren Recht auf die Bewahrung der  
41 natürlichen Lebensgrundlagen findet. Die Grünen hatten das schon einmal erkannt  
42 und auf ihrem Bundesparteitag 2009 diesen Kurs der Eigenständigkeit und der  
43 linken Mitte beschlossen. Leider wurde dieser Beschluss bislang noch nicht  
44 umgesetzt.

45 Die bundesdeutsche Gesellschaft von heute ist nicht mehr gespalten in die 68er  
46 und neuen sozialen Bewegungen, aus denen die Grünen entstanden sind, auf der  
47 einen Seite und dem Bürgertum auf der anderen Seite. Auch das klassische  
48 Arbeitermilieu gibt es kaum noch – wohl aber prekäre Beschäftigungsverhältnisse  
49 und Armut. Manch glühender 68er wirkt (oder ist) heute etabliert und bürgerlich.  
50 Mancher – aus Sicht der 68er – Spießler von einst genießt heute die Freiheit und  
51 die Offenheit der Gesellschaft, die die neuen sozialen Bewegungen und mit ihnen  
52 die Grünen zum Glück seit damals erstritten haben.

53 Was folgt daraus für uns Grüne? Wir müssen endlich die Angst davor verlieren, in  
54 der Mitte der Gesellschaft angekommen zu sein. Wir müssen Umfragewerte um die 20  
55 Prozent endlich nicht als Infragestellung des eigenen Kurses, sondern als  
56 Bestätigung der harten Arbeit seit über 30 Jahren verstehen. Mancher scheint  
57 regelrecht Angst davor zu haben, mit den eigenen Positionen in der Gesellschaft  
58 mehrheitsfähig zu sein. Dahinter steckt die Befürchtung, das sei Ausdruck einer  
59 übermäßigen Anpassung, wenn nicht gar der Aufgabe von Inhalten. Klar haben sich  
60 auch die Grünen verändert, es wäre ja auch schlimm, wenn nicht. Aber vor allem  
61 hat sich Gesellschaft verändert und waren wir mit unseren Themen unglaublich  
62 erfolgreich: Umweltschutz, Atomausstieg, Energiewende, Gleichberechtigung von  
63 Frauen und Männern, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Selbstbestimmung für  
64 behinderte Menschen, Integration von Menschen mit Migrationshintergrund,  
65 Unterstützung von sozialen Initiativen, gleiche Rechte für Schwule und Lesben,  
66 Eintreten für gesellschaftliche Minderheiten. Die Liste ließe sich noch eine  
67 Weile fortsetzen – überall sind Grüne Inhalte heute in der Gesellschaft  
68 mehrheitsfähig und haben die Grünen gemeinsam mit vielen anderen die  
69 Gesellschaft mehr verändert, als wir selbst uns verändert haben.

70 Gerade weil so vieles über so viele Jahre erst erstritten werden musste, fällt  
71 es heute einigen schwer, aus dem Kampfmodus gegen die Gesellschaft

72 herauszukommen. Das ist aber unbedingt erforderlich, wenn wir 2017 auch im Bund  
73 regieren wollen. Eine „ergrünte“ Gesellschaft hat nämlich verständlicherweise  
74 keine Lust, sich von der Partei, die eigentlich am nächsten am Lebensgefühl  
75 vieler dran ist, ständig erzählen zu lassen, wie schlimm und rückständig sie  
76 doch sei. Stattdessen erwarten die Bürgerinnen und Bürger durchdachte, mach- und  
77 finanzierbare Konzepte zur Ausgestaltung des grünen Lebensgefühls. Sie wollen  
78 überzeugt, aber nicht bekehrt werden.

79 Damit keine Missverständnisse entstehen: Natürlich gibt es viele Probleme und  
80 Ungerechtigkeiten in unserem Land. Auch sind viele der genannten Themen zwar  
81 breit anerkannt, aber in der konkreten Umsetzung bleibt viel zu tun. Und  
82 ebenfalls wird es immer Aufgabe der Grünen bleiben, auch neue, gesellschaftlich  
83 noch nicht mehrheitsfähige Themen anzusprechen. Aber, der Ton macht eben die  
84 Musik: Kommt man daher als der neunmalkluger Streber von der ersten Bank oder  
85 will man gemeinsam mit den Menschen etwas erreichen? Die Menschen wollen Wege  
86 beschrieben bekommen, wie es besser weiter gehen könnte, statt ohnmächtig mit  
87 Hinweisen zurückzubleiben, was sie alles falsch machen.

88 Die Bürgerinnen und Bürger wissen auch, dass es in einer komplexen Welt meist  
89 keine einfachen Antworten gibt. Umso wichtiger sind für Parteien Glaubwürdigkeit  
90 und ein erkennbarer und verlässlicher Wertekompass. Die Grünen haben beides und  
91 damit alle Chancen, sich wieder stärker in Richtung zwanzig als in Richtung acht  
92 Prozent zu bewegen. Umfragen bescheinigen uns regelmäßig, die glaubwürdigste der  
93 Parteien zu sein. Mit den Werten Ökologie, Gerechtigkeit und Freiheit haben die  
94 Grünen das Fundament, um Konzepte für die Herausforderungen unserer Zeit zu  
95 formulieren. Sie müssen es nur auch tun, dabei alle drei Werte im Blick  
96 behalten, Konflikte zwischen diesen Werten offen benennen und dann zu Lösungen  
97 kommen.

98 Hätte man das bereits im Bundestagswahlkampf 2013 beherzigt, wäre es  
99 wahrscheinlich nicht zu einer weitgehenden Verengung der Inhalte allein auf das  
100 Thema Gerechtigkeit – so wichtig es auch war und ist – gekommen. Auch hätte man  
101 gesehen, dass die Vorschläge zur Verbesserung der Einnahmesituation des Staates  
102 zwar zu mehr Gerechtigkeit beigetragen hätten, die Fülle der Maßnahmen aber von  
103 den Menschen als zu starker Eingriff in den Wert der Freiheit empfunden wurde.  
104 Das ging teilweise so weit, dass sogar Personen auf uns ablehnend reagierten,  
105 die nicht nur nicht betroffen gewesen wären, sondern sogar Vorteile gehabt  
106 hätten. Die einzelnen Maßnahmen waren jeweils für sich sehr kleinteilig  
107 ausgearbeitet, die Gesamtwirkung hingegen zu wenig bedacht. Vor lauter  
108 Detailverliebtheit wurden teilweise Antworten auf Probleme gegeben, die noch  
109 kaum jemand als solche wahrgenommen hatte. Selbst die engagiertesten Wahlkämpfer  
110 konnten das am Stand in der Fußgängerzone kaum noch erklären. Wir haben es den  
111 politischen Mitbewerbern leicht gemacht, uns in eine Ecke zu stellen, in die wir  
112 gar nicht gehören. Im Ergebnis ging es im Wahlkampf nicht mehr um unser  
113 weiterhin richtiges Anliegen, für mehr Gerechtigkeit zu sorgen. Auch sind unsere  
114 anderen ebenfalls wichtigen Inhalte völlig in den Hintergrund getreten.

115 Es ist gut und richtig, dass sich die Bundespartei jetzt stärker mit dem Wert  
116 der Freiheit beschäftigt, u.a. beim Freiheitskongress der Bundestagsfraktion  
117 Mitte September. Es wäre aber falsch, die Programmatik jetzt nur auf diesen Wert  
118 zu verengen. Und es wäre töricht, an den Freiheitsbegriff der FDP anzuknüpfen:

119 In ein sinkendes Boot sollten die Grünen nicht einsteigen. Sie haben es auch gar  
120 nicht nötig. Emanzipation, Selbstbestimmung, freie Entfaltung der  
121 Persönlichkeit, Kampf gegen staatliche Bevormundung und - in den neuen Ländern -  
122 staatliches Unrecht waren, sind und bleiben Kern des grünen Freiheitsbegriffs.  
123 Da braucht es keinerlei Anleihen oder Erbschleichereien bei anderen Parteien.

124 Ökologisch, gerecht und frei - das ist der Dreiklang, der die Grünen von allen  
125 anderen Parteien unterscheidet. Auf dieser Grundlage sollten Bundespartei,  
126 Bundestagsfraktion, Grüne in den Ländern und die gesamte Partei jetzt die  
127 inhaltliche Arbeit für den Regierungswechsel 2017 intensivieren. Ziel müssen  
128 realistische, finanzierbare und aufeinander abgestimmte Konzepte sein, bei denen  
129 immer klar ist, wie sie uns auf dem Weg zu einem ökologischeren, gerechteren und  
130 freieren Land voran bringen.

131 Eine konsequente Orientierung an unseren Grundwerten Ökologie, Gerechtigkeit und  
132 Freiheit macht deutlich, wofür Grüne inhaltlich stehen. In Kombination mit einem  
133 Kurs der Eigenständigkeit können die Grünen viel erreichen. Nicht die Frage „mit  
134 wem wollen wir regieren?“ sollte im Mittelpunkt stehen, sondern „was wollen wir  
135 in der Regierung erreichen?“. Es kommt auf die Inhalte an und nicht auf  
136 irgendwelche abstrakten Farbenspiele oder Koalitionsspekulationen. Wer grün  
137 wählt, bekommt möglichst viel Grün - egal in welcher in Frage kommenden  
138 Koalition.

139 Also, ran an die Konzepte für die nächste Bundestagswahl: Ökologisch, gerecht,  
140 frei und eigenständig haben die Grünen alle Chancen, 2017 ihre Inhalte in der  
141 Bundesregierung umzusetzen.

## **UnterstützerInnen**

- Angela Dorn (KV Marburg-Biedenkopf), Kai Klose (KV Rheingau-Taunus), Daniela Wagner (KV Darmstadt), Priska Hinz (KV Lahn-Dill), Tarek Al-Wazir (KV Offenbach-Stadt), Claudia Maicher (KV Leipzig), Ludwig Hartmann (KV Landsberg), Silke Krebs (KV Freiburg), Ramona Pop (KV Berlin-Mitte), Anja Hajduk (KV Hamburg-Nord), Tilo Fuchs (KV Berlin-Mitte), Holger Michel (KV Tempelhof-Schöneberg), Sigi Hagl (KV Landshut-Stadt), Dieter Janecek (KV München), Jens Kerstan (KV Hamburg-Bergedorf), Ekin Deligöz (KV Neu-Ulm), Tom Koenigs (KV Gießen), Kordula Schulz-Asche (KV Main-Taunus), Hildegard Förster-Heldmann (KV Darmstadt) u.a.

**FR-04-002**

# Antrag

## 38. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz Hamburg, 21. - 23.11.2014

**AntragsstellerIn:** Konstantin von Notz (KV Lauenburg)

**Gegenstand:** Änderungsantrag zu FR-04

### 1 **Antragstext**

2 **Ersetze Überschrift und Zeile 2-141 durch:**

3 **Grüner Aufbruch 2017**

4 In wenigen Wochen feiern wir Grüne unseren 35. Geburtstag. Am 13. Januar 1980  
5 haben sich ÖkologInnen, desillusionierte SozialistInnen, BürgerrechtlerInnen,  
6 Frauenbewegte, PazifistInnen, Lesben und Schwule, TierschützerInnen,  
7 AktivistInnen aus Bürgerinitiativen, JungdemokratInnen und noch viele mehr  
8 zusammengefunden, um unsere Partei zu gründen. Unsere Geschichte als Partei ist  
9 geprägt von Höhen und Tiefen. Wir haben in Frage gestellt, diskutiert, wo es weh  
10 tut, und sind in Debatten gegangen, die sich viele nicht trauten. Wir haben  
11 dabei viel, sehr viel erreicht. In zahlreichen Feldern sind wir mit unseren  
12 Ansichten und Konzepten inzwischen mehrheitsfähig geworden, die Gesellschaft ist  
13 grüner geworden und wir Grüne haben uns weiterentwickelt. Dazu gehört auch die  
14 Bewahrung des Erbes von 25 Jahren friedlicher Revolution in der DDR und des  
15 Falls der Mauer. Wir Grüne wurden überlebensnotwendig ergänzt, bereichert und  
16 als wiedervereinigt verankert durch das Bündnis 90.

17 Wir Grüne wollen wachsen - um unseren Veränderungsanspruch, unsere Inhalte  
18 besser durchsetzen zu können. Das eint uns alle. Um zu wachsen, müssen wir uns  
19 auch unsere Vielfalt bewahren: Wir müssen werbend und begeisternd auf die  
20 Menschen zugehen, sie dort abholen, wo sie sind und ebenso klar Missstände  
21 weiterhin als solche benennen und dagegen ankämpfen. Wir müssen kluge innovative  
22 Konzepte vorlegen, die zeigen, wie es anders gehen kann, bei gesellschaftlichen  
23 Konflikten aber auch klar Stellung beziehen. Wir müssen regieren,  
24 konzeptionieren und demonstrieren. Diese Verbindung war immer unsere Stärke. So  
25 macht unsere Partei, machen Bündnis 90/Die Grünen, auch heute den Unterschied im

26 bundesdeutschen Parteiensystem aus. Wir waren, wir sind und wir bleiben anders.

27 Die Bundestagswahl vor einem Jahr war eine Zäsur für uns Grüne im Bund. Im  
28 Wahlkampf hatten wir unsere Stärken und Kernthemen vernachlässigt, uns in  
29 Detailfragen verzettelt und angreifbar gemacht. Wir waren zu statisch.  
30 Machtpolitisch hatten wir die Sozialdemokratie erneut über- und die  
31 Auseinandersetzung mit der Union unterschätzt. Wir haben auf der BDK in Berlin  
32 gemeinsam unseren Kurs für diese Legislaturperiode bestimmt: Wir machen grüne  
33 Politik eigenständig und suchen uns dann erst unsere Partner. Wir richten uns  
34 nach unseren Grundwerten und Zielen aus und verkämpfen uns nicht an den  
35 Instrumenten. Wir wollen die Bürgerinnen und Bürger für unsere Ideen begeistern  
36 und nicht belehren. Aufbauend auf dieser Analyse haben wir gemeinsam und  
37 solidarisch unseren Kurs für diese Legislaturperiode bestimmt. Ein Kurs, der auf  
38 unseren Grundwerten fußt, der grüne Eigenständigkeit lebt, der auf die  
39 Gesellschaft, die Bürgerinnen und Bürger zugeht, um diese für unsere Anliegen zu  
40 begeistern.

41 Auf dem vergangenen Länderrat haben wir beschlossen, an welchen Themen wir uns  
42 programmatisch weiterentwickeln wollen - vom Kampf gegen Massentierhaltung und  
43 für gesunde Lebensmittel für alle, über die ökologische Transformation, bis hin  
44 zur Zeitpolitik und der Neuvermessung unseres Freiheitsbegriffs. Ein Jahr später  
45 stellen wir fest: Wir haben Tritt gefasst. Klar, es gibt Reibungen und unser  
46 Auftreten in den Medien war auch nicht immer perfekt. An manchen Stellen gibt es  
47 Luft nach oben. Aber die ersten Ergebnisse des Neuanfangs auf dem Weg nach 2017  
48 können sich sehen lassen:

49 Bei der Europawahl wurden wir mit urgrünen Themen wie Klimaschutz, Bürgerrechten  
50 und TTIP klar drittstärkste Kraft. Bei den Kommunalwahlen ist es uns gelungen,  
51 zuzulegen und die Landkarte grüner zu färben. Zig-tausend Grüne  
52 KommunalpolitikerInnen stehen vor Ort ihre Frau und ihren Mann. Und dank  
53 erfolgreicher Wahlkämpfe in Brandenburg, Sachsen und Thüringen gibt es weiter in  
54 allen Landtagen eine starke grüne Stimme. Dass wir unsere Erfolge der letzten  
55 Wahlen trotz schwierigem Umfeld verteidigt haben, ist mehr als man noch zu  
56 Jahresbeginn erhoffen konnte. Bündnis 90/DIE GRÜNEN sind neben der SPD die  
57 einzige Partei, die weiterhin gleichzeitig in allen 16 Landtagen vertreten ist.  
58 Die Wahlergebnisse dieses Jahres sind ein ermutigendes Signal, dass es aufwärts  
59 geht - auch in Zeiten, in denen der Teppich nicht fliegt, und in Zeiten, in  
60 denen die Ausgangslage nicht einfach ist: Die Bundesregierung verfügt über eine  
61 so ungesund große Mehrheit, dass sie sich um das gewählte Parlament nicht  
62 schert. Sie erstickt politische Debatten im Keim - und wundert sich dann über  
63 den Aufstieg der AfD -, verhindert parlamentarische Aufklärung und packt die  
64 zentralen Herausforderungen von Klimaschutz über Bildungs- und  
65 Generationengerechtigkeit und Bürgerrechten bis hin zum Erhalt der Infrastruktur  
66 nicht an oder verschlimmert sie sogar noch. Schon ein Jahr nach der  
67 Koalitionsbildung verwaltet sie lieber den Status Quo, als aktiv Politik und  
68 Gesellschaft zu gestalten. Sozialdemokratie und Union haben schon jetzt ein  
69 gouvernementales Selbstverständnis von Hegemonie entwickelt, dass man sich um die  
70 parlamentarische und demokratische Kultur ernsthaft Sorgen machen muss.

71 Unter diesen demokratischen Verhältnissen ist heute und in Zukunft eine  
72 werteorientierte, glaubwürdige, verlässliche und über den Tag hinaus denkende



73 Partei, die Ökologie, Demokratie, Gerechtigkeit sowie Freiheit und  
74 Selbstbestimmung miteinander verbindet, notwendiger denn je. Das treibt uns an,  
75 das motiviert uns. Wir brauchen keine Nabelschau, keine gegenseitigen  
76 Ermahnungen. Deshalb geht es für uns nicht um den Blick zurück, sondern um den  
77 Blick nach vorne. Wir brauchen ein Jahr nach der Bundestagswahl keine neue  
78 Kursbestimmung, sondern müssen mit programmatischen Debatten und offensivem  
79 Zugehen auf die PartnerInnen unserer Politik Schwung sammeln für einen Grünen  
80 Aufbruch für die Bundestagswahl 2017.

81 Die letzte Große Koalition von 2005 bis 2009 hat das Land nicht nach vorne  
82 gebracht. Entscheidungen wurden vertagt, Zukunftsaufgaben wie der Kampf gegen  
83 den Klimawandel, die Gestaltung einer Gesellschaft im demographischen Wandel,  
84 die Eindämmung von grenzenlosen Finanzspekulationen und des Auseinanderdriftens  
85 von Arm und Reich oder der Aufbruch in eine Digitale Gesellschaft wurden  
86 vorsätzlich verschleppt.

87 Und wo die Große Koalition 2009 aufhörte, knüpft sie leider jetzt wieder an.  
88 Statt große Herausforderungen wie etwa in der Renten- oder Klimapolitikpolitik  
89 nachhaltig und gerecht anzugehen und die große parlamentarische Mehrheiten für  
90 langfristige Konzepte und Lösungen zu nutzen, werden als kleinster gemeinsamer  
91 Nenner Geschenke an die jeweilige Klientel verteilt. Die Zeiten von „Großen  
92 Koalitionen“ bedeuten deswegen leider verlorene Zeit für eine progressive und  
93 nachhaltige Politik; einer Politik für Klima und Umwelt, für Menschenrechte, für  
94 Frieden, für Bildungs- und soziale Gerechtigkeit in unserem Land aber auch  
95 darüber hinaus. In Zeiten internationaler Krisen, Kriegen und Epidemien, in  
96 unserer unmittelbaren Nachbarschaft, ist auch die deutsche Politik  
97 friedenspolitisch besonders gefordert.

98 Darum wollen wir Politik und Gesellschaft aktiv mitgestalten. Darum wollen wir  
99 spätestens ab 2017 auf Bundesebene wieder mitregieren. Wir wollen dieses Land  
100 Grün gestalten. Als eigenständige politische Kraft, mit kreativen Ideen für  
101 komplexe Probleme. Wir wollen in Zeiten einer „Großen Koalition“ die Menschen  
102 überzeugen für Grün. Wissend, dass wir Grüne absolute Mehrheiten (so bald) nicht  
103 erreichen werden, führen uns Grüne Inhalte in möglichen Koalitionsbildungen -  
104 nicht das Streben nach Macht. Dann benennen wir Kompromisse auch als solche,  
105 anstatt sie als selbst gewollt zu verkaufen. Das kann dann sowohl zu Plätzen am  
106 Kabinettstisch als auch auf der Oppositionsbank führen. Nur diese  
107 Eigenständigkeit und Unabhängigkeit gibt uns die Kraft, unsere Gesellschaft und  
108 unser Land weiter voranzubringen und eine echte politische Alternative zu sein.

109 Die Grüne Eigenständigkeit ist keine Floskel. Sie ist längst Realität. Wie ernst  
110 wir diese Eigenständigkeit nehmen und anwenden, konnten man in den vergangenen  
111 Monaten und Jahren erleben: In sechs Bundesländern bilden wir erfolgreiche  
112 Regierungskoalitionen gemeinsam mit der SPD. In Hessen haben wir erfolgreich  
113 eine schwarz-grüne Regierung gebildet. In Sachsen haben wir nach ersten  
114 Gesprächen keine Verhandlungen mehr aufgenommen. Unseren Freundinnen und Freunde  
115 in Thüringen wünschen wir wiederum in den kommenden Wochen viel Erfolg und  
116 hoffen auf die achte Landesregierung mit Grüner Beteiligung - diesmal in einem  
117 rot-rot-grünen Bündnis.

118 Aber politisch zu gestalten und die Dinge zum Besseren zu verändern, das geht  
119 für uns bis zu einem gewissen Rahmen auch in der Opposition, wie wir es erlebt  
120 haben, als eine schwarz-gelbe Bundesregierung mit dem Atomausstieg und dem  
121 Ausstieg aus der Wehrpflicht jahrzehntealte grüne Forderungen auch auf unseren  
122 Druck hin endlich umgesetzt hat. Doch wie wir in den derzeit sieben grün  
123 mitregierten Bundesländern sehen können, funktioniert das politische Gestalten  
124 doch deutlich besser formal ausgestattet mit dem temporären Mandat zur  
125 Veränderung durch Regieren.

126 2017 werden wir die konzeptionelle Alternative zum Stillstand der Großen  
127 Koalition bilden. Wir wollen regieren, weil wir verändern wollen. Macht als  
128 Selbstzweck, wie es die Union nun schon seit ihrer Gründung praktiziert, ist für  
129 uns Grüne kein tragbares Konzept. Das weiter zu untermauern und vorzubereiten,  
130 ist die Kernaufgabe für die kommenden drei Jahre. Wir wollen das tun, ohne dabei  
131 einem technokratischen Machbarkeitsdogma oder Detailverliebtheit zu erliegen,  
132 das uns Grüne im Streben manchmal befällt - und im vergangenen Wahlkampf manches  
133 Mal fast die Luft zum Argumentieren genommen hat. Dabei braucht es auch Mut zu  
134 alten und neuen Grünen Visionen und Ideen, die Menschen anregen und begeistern,  
135 gerade, weil sie vielleicht noch nicht ganz fertig durchgerechnet und  
136 gegenfinanziert oder nach allen Unabwägbarkeiten des politischen Prozesses  
137 zwischen Bundestag, Bundesrat und Brüssel abgeklopft sind. Der Grüne Aufbruch  
138 für 2017 braucht Ideen und Visionen mit dem Willen zur (langfristigen)  
139 Veränderung und nicht den Zwängen möglicher Koalitionsverhandlungen folgend.  
140 Unser politisches Handeln, ob außenparlamentarisch, in Regierung oder  
141 Opposition, muss sich daran messen lassen, ob es uns gelingt, Veränderungen im  
142 Sinne unserer Werte umsetzen zu können. Dabei muss die Richtung stimmen:  
143 ökologischer, sozialer, gerechter, demokratischer und friedlicher. Als  
144 progressive Kraft der linken Mitte wollen wir eine Vision vermitteln anstatt -  
145 wie die SPD erneut in der Großen Koalition - in Stückwerk und Taktiererei zu  
146 erstarren.

147 Grüne Politik gewinnt dort, wo sie vom Kopf in den Bauch geht, wo Grüne Inhalte  
148 Menschen ansprechen und bewegen. Deswegen streiten wir nicht gegen die  
149 Gesellschaft, sondern mit den Menschen in unserem Land für ein besseres Morgen.  
150 Mit klarer Haltung und einer Anmutung die nicht verbissen, sondern auch einmal  
151 augenzwinkernd politische Themen aufgreift, wollen wir die Menschen überzeugen,  
152 um die notwendigen Reformen anzustoßen und unsere Grünen Inhalte umzusetzen.

153 Dabei setzen wir auf die Zusammenarbeit mit alten und neuen BündnispartnerInnen  
154 aus der Zivilgesellschaft. Beim Thema ökologische Transformation wollen wir  
155 WachstumskritikerInnen ebenso ansprechen wie UnternehmerInnen. Zusammen mit  
156 engagierten BürgerInnen, Unternehmen und Umweltverbänden kämpfen wir für  
157 Klimaschutz und eine echte Energiewende weg von Kohle und Atom hin zu  
158 Erneuerbaren Energie und Energieeffizienz. Bei TTIP und CETA sind wir Teil des  
159 ständig wachsenden Bürgerbündnisses gegen Standard-Dumping und  
160 demokratiefeindliche Konzern-Klageprivilegien. Und bei den Überwachungsskandalen  
161 sind wir es, die zusammen mit NGOs, BürgerrechtlerInnen und innovativen  
162 Unternehmen für unsere Menschenrechte und die Freiheit im Internet kämpfen. Wir  
163 sehen uns als Partnerin und Anwältin für diejenigen, die heute an unserer  
164 gemeinsamen Zukunft arbeiten. Mit ihnen gemeinsam wollen wir den Wandel  
165 vorantreiben.

166 Damit der Grüne Aufbruch auch 2017 erfolgreich wird, müssen wir über die Ebenen  
167 in unserer Partei vertrauensvoll zusammenarbeiten, miteinander kommunizieren und  
168 gemeinsam die politischen GegnerInnen angehen. Die Umbruchphase ist eine Zeit,  
169 in der wir nur gemeinsam bestehen können. Öffentlich kommunizierte Ratschläge  
170 oder Belehrungen, wer wie zu arbeiten hat, schaden dem Gesamtinteresse und  
171 nutzen nur dem politischen Gegner. Wir brauchen starke Grüne in Europa für ein  
172 starkes Europa. Wir brauchen starke Grüne im Bund, um zugespitzt die Defizite  
173 der Großen Koalitionen benennen und alternative Politikkonzepte formulieren zu  
174 können. Wir brauchen starke Grüne in den Ländern, die als Teil einer  
175 Landesregierung oder als Opposition manchmal auch unterschiedliche Grüne  
176 Länderinteressen vertreten. Wir brauchen starke Grüne in den Kommunen, die vor  
177 Ort unter schwierigen Bedingungen Verantwortung übernehmen und die  
178 Herausforderungen konkret anpacken. Gegeneinander gestellt, auf Kosten einer  
179 anderen Ebene profiliert, schwächen wir uns nur und schaden dem Gesamtinteresse.  
180 Profilierungsaktionen, seien sie nun flügelarithmetisch, Land gegen Bund oder  
181 offen persönlich motiviert, helfen genauso wenig wie eine Verklärung der  
182 Vergangenheit. In unserer fünfunddreißigjährigen Geschichte haben wir sehr viel  
183 erreicht - aber immer nur dann, wenn wir gemeinsam und nicht gegeneinander  
184 gekämpft haben. Aber wir sind noch lange nicht fertig - wir haben noch richtig  
185 viel vor!

186 Mit unseren Freundinnen und Freunden in Hamburg und Bremen werden wir die  
187 anstehenden Wahlen dort zu einem Grünen Erfolg machen. Gemeinsam kämpfen wir  
188 dafür, dass 2016 die grün-geführte Landesregierung in Baden-Württemberg ihre  
189 erfolgreiche Politik fortsetzen kann. Dafür, dass Grüne in Rheinland-Pfalz  
190 weiter Teil der Regierung sind. Mit einer gestärkten Grünen Fraktionen in  
191 Sachsen-Anhalt, Berlin und Mecklenburg-Vorpommern wollen wir unsere Verankerung  
192 und unseren Gestaltungsanspruch, wenn möglich in Regierungsverantwortung, auch  
193 in Ostdeutschland weiter ausbauen. 2017 gilt es, gemeinsam mit ihren  
194 Landesverbänden Schleswig Holstein und NRW die Grüne Position in den  
195 Landesregierungen zu stärken, die grüne Fraktion im Saarland zu vergrößern und  
196 damit die Grundlage für den politischen Wechsel im Bund zu liefern. Diese  
197 Strecke kann nur gelingen, wenn wir gemeinsam arbeiten und kämpfen für die  
198 Weiterentwicklung unserer Inhalte und Entwicklung neuer Konzepte, mit den über  
199 60.000 Mitgliedern in unserer Partei und den Menschen in unserem Land.

200 Grün kann mehr, Grün will mehr - Grüner Aufbruch 2017!

### **UnterstützerInnen**

- Katja Dörner (KV Bonn), Oliver Krischer (KV Düren), Frithjof Schmidt (KV Bochum), Kerstin Andreae (KV Freiburg), Malte Spitz (KV Münster), Sylvia Löhrmann (KV Solingen), Barbara Steffens (KV Mülheim), Alex Bonde (KV Ortenau), Irene Alt (KV Mainz-Bingen), Christian Meyer (KV Holzminden), Johannes Rimmel (KV Siegen-Wittgenstein), Eka v. Kalben (KV Pinneberg), Katharina Fegebank (KV Hamburg-Nord) Sven Lehmann (KV Köln), Anja Piel (KV Hameln), Britta Hasselmann (KV Bielefeld), Michael Kellner (KV Pankow), Daniel Köbler (KV Mainz), Anja Siegesmund (KV Jena) u.a.

# Antrag

## 38. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz Hamburg, 21. - 23.11.2014

**AntragsstellerIn:** Konstantin von Notz, Mathias Wagner

**Gegenstand:** **FR-04/FR-04-002 NEU: Grüner Aufbruch 2017:  
Eigenständig und auf Grundlage unserer Werte**

### 1 Antragstext

#### 2 FR-04/FR-04-002-Neu

3 In wenigen Wochen feiern wir Grüne unseren 35. Geburtstag. Am 13. Januar 1980  
4 haben sich ÖkologInnen, desillusionierte SozialistInnen, BürgerrechtlerInnen,  
5 Frauenbewegte, PazifistInnen, Lesben und Schwule, TierschützerInnen,  
6 AktivistInnen aus Bürgerinitiativen, JungdemokratInnen und noch viele mehr  
7 zusammengefunden, um unsere Partei zu gründen. Unsere Geschichte als Partei ist  
8 geprägt von Höhen und Tiefen. Wir haben in Frage gestellt, diskutiert, wo es weh  
9 tut, und sind in Debatten gegangen, die sich viele nicht traute. Wir haben  
10 dabei viel, sehr viel erreicht. In zahlreichen Feldern sind wir mit unseren  
11 Ansichten und Konzepten inzwischen mehrheitsfähig geworden, die Gesellschaft ist  
12 grüner geworden und wir Grüne haben uns weiterentwickelt. Dazu gehört auch die  
13 Bewahrung des Erbes von 25 Jahren friedlicher Revolution in der DDR und des  
14 Falls der Mauer. Wir Grüne wurden überlebensnotwendig ergänzt, bereichert und  
15 als wiedervereinigt verankert durch das Bündnis 90.

16 Wir Grüne wollen wachsen - um unseren Veränderungsanspruch, unsere Inhalte  
17 besser durchsetzen zu können. Das eint uns alle. Um zu wachsen, müssen wir uns  
18 auch unsere Vielfalt bewahren: Wir müssen werbend und begeisternd auf die  
19 Menschen zugehen, sie dort abholen, wo sie sind und ebenso klar Missstände  
20 weiterhin als solche benennen und dagegen ankämpfen. Wir müssen kluge innovative  
21 Konzepte vorlegen, die zeigen, wie es anders gehen kann, bei gesellschaftlichen  
22 Konflikten aber auch klar Stellung beziehen. Wir müssen regieren,  
23 konzeptionieren und demonstrieren. Diese Verbindung war immer unsere Stärke. So  
24 macht unsere Partei, machen Bündnis 90/Die Grünen, auch heute den Unterschied im  
25 bundesdeutschen Parteiensystem aus. Eine konsequente Orientierung an unseren

26 Grundwerten Ökologie, Gerechtigkeit, Demokratie und Freiheit macht deutlich,  
27 wofür Grüne inhaltlich stehen. In Kombination mit dem Kurs der Eigenständigkeit  
28 können die Grünen viel erreichen. Wir waren, wir sind und wir bleiben anders.

29 Die Bundestagswahl vor einem Jahr war eine Zäsur für uns Grüne im Bund. Wir  
30 wollten ein deutlich besseres Ergebnis als unser bestes Ergebnis 2009 erreichen  
31 und das große Interesse der Bürgerinnen und Bürger an uns, was sich in den  
32 zwischenzeitlich hohen Umfragewerten niederschlug, aufgreifen, um bei der  
33 Bundestagswahl endlich wieder drittstärkste Kraft im Bundestag zu werden. Im  
34 Wahlkampf hatten wir unsere Stärken und Kernthemen vernachlässigt, uns in  
35 Detailfragen verzettelt und angreifbar gemacht. Wir waren zu statisch.  
36 Machtpolitisch hatten wir die Sozialdemokratie erneut über- und die  
37 Auseinandersetzung mit der Union unterschätzt. Wir haben auf der BDK in Berlin  
38 gemeinsam unseren Kurs für diese Legislaturperiode bestimmt: Wir machen grüne  
39 Politik eigenständig und suchen uns dann erst unsere Partner. Wir richten uns  
40 nach unseren Grundwerten und Zielen aus und verkämpfen uns nicht an den  
41 Instrumenten. Wir wollen die Bürgerinnen und Bürger für unsere Ideen begeistern  
42 und nicht belehren. Viele unserer Themen sind heute in der Gesellschaft  
43 mehrheitsfähig. Wir waren mit vielen unseren Themen unglaublich erfolgreich:  
44 Umweltschutz, Atomausstieg, Energiewende, Gleichberechtigung von Frauen und  
45 Männern, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Selbstbestimmung behinderter  
46 Menschen, Integration von Menschen mit Migrationshintergrund, Unterstützung von  
47 sozialen Initiativen, gleiche Rechte für Schwule und Lesben, Eintreten für  
48 gesellschaftliche Minderheiten. Die Liste ließe sich noch eine Weile fortsetzen  
49 - überall haben die Grünen gemeinsam mit vielen anderen die Gesellschaft mehr  
50 verändert, als wir selbst uns verändert haben. Aber natürlich gibt es weiter  
51 viele Probleme und Ungerechtigkeiten in unserem Land. Auch sind viele unserer  
52 Themen zwar breit anerkannt, aber in der konkreten Umsetzung bleibt viel zu tun.  
53 Und ebenfalls wird es immer Aufgabe der Grünen bleiben, auch neue,  
54 gesellschaftlich noch nicht mehrheitsfähige Themen anzusprechen. Aufbauend auf  
55 dieser Analyse haben wir gemeinsam und solidarisch unseren Kurs für diese  
56 Legislaturperiode bestimmt. Ein Kurs, der auf unseren Grundwerten fußt, der  
57 grüne Eigenständigkeit lebt, der auf die Gesellschaft, die Bürgerinnen und  
58 Bürger zugeht, um diese für unsere Anliegen zu begeistern.

59 Auf dem vergangenen Länderrat haben wir beschlossen, an welchen Themen wir uns  
60 programmatisch weiterentwickeln wollen - vom Kampf gegen Massentierhaltung und  
61 für gesunde Lebensmittel für alle, über die ökologische Transformation, bis hin  
62 zur Zeitpolitik und der Neuvermessung unseres Freiheitsbegriffs. Dabei wäre  
63 töricht es, an den Freiheitsbegriff der FDP anzuknüpfen. Das haben wir auch gar  
64 nicht nötig. Emanzipation, Selbstbestimmung, freie Entfaltung der  
65 Persönlichkeit, Kampf gegen staatliche Bevormundung und - in den neuen Ländern -  
66 staatliches Unrecht waren, sind und bleiben Kern des grünen Freiheitsbegriffs.  
67 Da braucht es keinerlei Anleihen oder Erbschleichereien bei anderen Parteien.  
68 Ein Jahr nach der Bundestagswahl haben wir uns personell neu aufgestellt, das  
69 inhaltliche Profil geschärft und Kurs auf die Bundestagswahl 2017 genommen.  
70 Klar, es gibt Reibungen und unser Auftreten in den Medien war auch nicht immer  
71 perfekt. An manchen Stellen gibt es Luft nach oben. Aber die ersten Ergebnisse  
72 des Neuanfangs auf dem Weg nach 2017 können sich sehen lassen:

73 Bei der Europawahl wurden wir mit urgrünen Themen wie Klimaschutz, Bürgerrechten

74 und TTIP klar drittstärkste Kraft. Bei den Kommunalwahlen ist es uns gelungen,  
75 zuzulegen und die Landkarte grüner zu färben. Zig-tausend Grüne  
76 KommunalpolitikerInnen stehen vor Ort ihre Frau und ihren Mann. Und dank  
77 erfolgreicher Wahlkämpfe in Brandenburg, Sachsen und Thüringen gibt es weiter in  
78 allen Landtagen eine starke grüne Stimme. Dass wir unsere Erfolge der letzten  
79 Wahlen trotz schwierigem Umfeld verteidigt haben, ist mehr als man noch zu  
80 Jahresbeginn erhoffen konnte. Bündnis 90/DIE GRÜNEN sind neben der SPD die  
81 einzige Partei, die weiterhin gleichzeitig in allen 16 Landtagen vertreten ist.  
82 Die Wahlergebnisse dieses Jahres sind ein ermutigendes Signal, dass es aufwärts  
83 geht - auch in Zeiten, in denen die Ausgangslage nicht einfach ist: Die  
84 Bundesregierung verfügt über eine so ungesund große Mehrheit, dass sie sich um  
85 das gewählte Parlament nicht schert. Sie erstickt politische Debatten im Keim -  
86 und wundert sich dann über den Aufstieg der AfD -, verhindert parlamentarische  
87 Aufklärung und packt die zentralen Herausforderungen von Klimaschutz über  
88 Bildungs- und Generationengerechtigkeit und Bürgerrechten bis hin zum Erhalt der  
89 Infrastruktur nicht an oder verschlimmert sie sogar noch. Schon ein Jahr nach  
90 der Koalitionsbildung verwaltet sie lieber den Status Quo, als aktiv Politik und  
91 Gesellschaft zu gestalten. Sozialdemokratie und Union haben schon jetzt ein  
92 gouvernementales Selbstverständnis von Hegemonie entwickelt, dass man sich um die  
93 parlamentarische und demokratische Kultur ernsthaft Sorgen machen muss.

94 Unter diesen demokratischen Verhältnissen ist heute und in Zukunft eine  
95 werteorientierte, glaubwürdige, verlässliche und über den Tag hinaus denkende  
96 Partei, die Ökologie, Demokratie, Gerechtigkeit sowie Freiheit und  
97 Selbstbestimmung miteinander verbindet, notwendiger denn je. Das treibt uns an,  
98 das motiviert uns. Wir brauchen keine Nabelschau, keine gegenseitigen  
99 Ermahnungen. Deshalb geht es für uns nicht um den Blick zurück, sondern um den  
100 Blick nach vorne. Wir bekräftigen den nach der Bundestagswahl eingeschlagenen  
101 Kurs und wollen weiter Fahrt aufnehmen, dafür sammeln wir mit programmatischen  
102 Debatten und offensivem Zugehen auf die PartnerInnen unserer Politik Schwung für  
103 einen Grünen Aufbruch für die Bundestagswahl 2017.

104 Die letzte Große Koalition von 2005 bis 2009 hat das Land nicht nach vorne  
105 gebracht. Entscheidungen wurden vertagt, Zukunftsaufgaben wie der Kampf gegen  
106 den Klimawandel, die Gestaltung einer Gesellschaft im demographischen Wandel,  
107 die Eindämmung von grenzenlosen Finanzspekulationen und des Auseinanderdriftens  
108 von Arm und Reich oder der Aufbruch in eine Digitale Gesellschaft wurden  
109 vorsätzlich verschleppt.

110 Und wo die Große Koalition 2009 aufhörte, knüpft sie leider jetzt wieder an.  
111 Statt große Herausforderungen wie etwa in der Renten- oder Klimapolitikpolitik  
112 nachhaltig und gerecht anzugehen und die große parlamentarische Mehrheiten für  
113 langfristige Konzepte und Lösungen zu nutzen, werden als kleinster gemeinsamer  
114 Nenner Geschenke an die jeweilige Klientel verteilt. Die Zeiten von „Großen  
115 Koalitionen“ bedeuten deswegen leider verlorene Zeit für eine progressive und  
116 nachhaltige Politik; einer Politik für Klima und Umwelt, für Menschenrechte, für  
117 Frieden, für Bildungs- und soziale Gerechtigkeit in unserem Land aber auch  
118 darüber hinaus. In Zeiten internationaler Krisen, Kriegen und Epidemien, in  
119 unserer unmittelbaren Nachbarschaft, ist auch die deutsche Politik  
120 friedenspolitisch besonders gefordert.

121 Darum wollen wir Politik und Gesellschaft aktiv mitgestalten. Darum wollen wir  
122 spätestens ab 2017 auf Bundesebene wieder mitregieren. Wir wollen dieses Land  
123 Grün gestalten. Als eigenständige politische Kraft, mit kreativen Ideen für  
124 komplexe Probleme. Wir wollen in Zeiten einer „Großen Koalition“ die Menschen  
125 überzeugen für Grün. Wissend, dass wir Grüne absolute Mehrheiten (so bald) nicht  
126 erreichen werden, führen uns Grüne Inhalte in möglichen Koalitionsbildungen -  
127 nicht das Streben nach Macht. Dann benennen wir Kompromisse auch als solche,  
128 anstatt sie als selbst gewollt zu verkaufen. Das kann dann sowohl zu Plätzen am  
129 Kabinettstisch als auch auf der Oppositionsbank führen. Nur diese  
130 Eigenständigkeit und Unabhängigkeit gibt uns die Kraft, unsere Gesellschaft und  
131 unser Land weiter voranzubringen und eine echte politische Alternative zu sein.

132 Die Grüne Eigenständigkeit ist keine Floskel. Sie ist längst Realität. Wie ernst  
133 wir diese Eigenständigkeit nehmen und anwenden, konnten man in den vergangenen  
134 Monaten und Jahren erleben: In sechs Bundesländern bilden wir erfolgreiche  
135 Regierungskoalitionen gemeinsam mit der SPD. In Hessen haben wir erfolgreich  
136 eine schwarz-grüne Regierung gebildet. In Sachsen haben wir nach ersten  
137 Gesprächen keine Verhandlungen mehr aufgenommen. Unseren Freundinnen und Freunde  
138 in Thüringen wünschen wir wiederum in den kommenden Wochen viel Erfolg und  
139 hoffen auf die achte Landesregierung mit Grüner Beteiligung - diesmal in einem  
140 rot-rot-grünen Bündnis. Wir sind nicht rot-grün, nicht schwarz-grün, nicht neue  
141 FDP, sondern schlicht und einfach: GRÜNE.

142 Aber politisch zu gestalten und die Dinge zum Besseren zu verändern, das geht  
143 für uns bis zu einem gewissen Rahmen auch in der Opposition, wie wir es erlebt  
144 haben, als eine schwarz-gelbe Bundesregierung mit dem Atomausstieg und dem  
145 Ausstieg aus der Wehrpflicht jahrzehntealte grüne Forderungen auch auf unseren  
146 Druck hin endlich umgesetzt hat. Doch wie wir in den derzeit sieben grün  
147 mitregierten Bundesländern sehen können, funktioniert das politische Gestalten  
148 doch deutlich besser formal ausgestattet mit dem temporären Mandat zur  
149 Veränderung durch Regieren.

150 2017 werden wir die konzeptionelle Alternative zum Stillstand der Großen  
151 Koalition bilden. Wir wollen regieren, weil wir verändern wollen. Macht als  
152 Selbstzweck, wie es die Union nun schon seit ihrer Gründung praktiziert, ist für  
153 uns Grüne kein tragbares Konzept. Das weiter zu untermauern und vorzubereiten,  
154 ist die Kernaufgabe für die kommenden drei Jahre. Wir wollen das tun, ohne dabei  
155 einem technokratischen Machbarkeitsdogma oder Detailverliebtheit zu erliegen,  
156 das uns Grüne im Streben manchmal befällt - und im vergangenen Wahlkampf manches  
157 Mal fast die Luft zum Argumentieren genommen hat. Dabei braucht es auch Mut zu  
158 alten und neuen Grünen Visionen und Ideen, die Menschen anregen und begeistern,  
159 gerade, weil sie vielleicht noch nicht ganz fertig durchgerechnet und  
160 gegenfinanziert oder nach allen Unabwägbarkeiten des politischen Prozesses  
161 zwischen Bundestag, Bundesrat und Brüssel abgeklopft sind. Der Grüne Aufbruch  
162 für 2017 braucht Ideen und Visionen mit dem Willen zur (langfristigen)  
163 Veränderung und nicht den Zwängen möglicher Koalitionsverhandlungen folgend.  
164 Unser politisches Handeln, ob außerparlamentarisch, in Regierung oder  
165 Opposition, muss sich daran messen lassen, ob es uns gelingt, Veränderungen im  
166 Sinne unserer Werte umsetzen zu können. Dabei muss die Richtung stimmen:  
167 ökologischer, sozialer, gerechter, demokratischer und friedlicher. Als  
168 progressive Kraft der linken Mitte wollen wir eine Vision vermitteln anstatt -

169 wie die SPD erneut in der Großen Koalition - in Stückwerk und Taktiererei zu  
170 erstarren.

171 Grüne Politik gewinnt dort, wo sie vom Kopf in den Bauch geht, wo Grüne Inhalte  
172 Menschen ansprechen und bewegen. Deswegen streiten wir nicht gegen die  
173 Gesellschaft, sondern mit den Menschen in unserem Land für ein besseres Morgen.  
174 Die Bürgerinnen und Bürger wollen, dass Umweltschutz und wirtschaftliche  
175 Entwicklung miteinander und nachhaltig in Einklang gebracht werden. Sie wollen  
176 ihre Freiheit und wissen gleichzeitig, dass diese ihre Grenzen an der Freiheit  
177 des anderen und an der Freiheit kommender Generationen und deren Recht auf die  
178 Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen findet. Mit klarer Haltung und einer  
179 Anmutung die nicht verbissen, sondern auch einmal augenzwinkernd politische  
180 Themen aufgreift, wollen wir die Menschen überzeugen, um die notwendigen  
181 Reformen anzustoßen und unsere Grünen Inhalte umzusetzen.

182 Dabei setzen wir auf die Zusammenarbeit mit alten und neuen BündnispartnerInnen  
183 aus der Zivilgesellschaft. Beim Thema ökologische Transformation wollen wir  
184 WachstumskritikerInnen ebenso ansprechen wie UnternehmerInnen. Zusammen mit  
185 engagierten BürgerInnen, Unternehmen und Umweltverbänden kämpfen wir für  
186 Klimaschutz und eine echte Energiewende weg von Kohle und Atom hin zu  
187 Erneuerbaren Energie und Energieeffizienz. Bei TTIP und CETA sind wir Teil des  
188 ständig wachsenden Bürgerbündnisses gegen Standard-Dumping und  
189 demokratiefeindliche Konzern-Klageprivilegien. Und bei den Überwachungsskandalen  
190 sind wir es, die zusammen mit NGOs, BürgerrechtlerInnen und innovativen  
191 Unternehmen für unsere Menschenrechte und die Freiheit im Internet kämpfen. Wir  
192 sehen uns als Partnerin und Anwältin für diejenigen, die heute an unserer  
193 gemeinsamen Zukunft arbeiten. Mit ihnen gemeinsam wollen wir den Wandel  
194 vorantreiben.

195 Damit der Grüne Aufbruch auch 2017 erfolgreich wird, müssen wir über die Ebenen  
196 in unserer Partei vertrauensvoll zusammenarbeiten, miteinander kommunizieren und  
197 gemeinsam die politischen GegnerInnen angehen. Die Umbruchphase ist eine Zeit,  
198 in der wir nur gemeinsam bestehen können. Öffentlich kommunizierte Ratschläge  
199 oder Belehrungen, wer wie zu arbeiten hat, schaden dem Gesamtinteresse und  
200 nutzen nur dem politischen Gegner. Wir brauchen starke Grüne in Europa für ein  
201 starkes Europa. Wir brauchen starke Grüne im Bund, um zugespitzt die Defizite  
202 der Großen Koalitionen benennen und alternative Politikkonzepte formulieren zu  
203 können. Wir brauchen starke Grüne in den Ländern, die als Teil einer  
204 Landesregierung oder als Opposition manchmal auch unterschiedliche Grüne  
205 Länderinteressen vertreten. Wir brauchen starke Grüne in den Kommunen, die vor  
206 Ort unter schwierigen Bedingungen Verantwortung übernehmen und die  
207 Herausforderungen konkret anpacken. Gegeneinander gestellt, auf Kosten einer  
208 anderen Ebene profiliert, schwächen wir uns nur und schaden dem Gesamtinteresse.  
209 Profilierungsaktionen, seien sie nun flügelarithmetisch, Land gegen Bund oder  
210 offen persönlich motiviert, helfen genauso wenig wie eine Verklärung der  
211 Vergangenheit. In unserer fünfunddreißigjährigen Geschichte haben wir sehr viel  
212 erreicht - aber immer nur dann, wenn wir gemeinsam und nicht gegeneinander  
213 gekämpft haben. Aber wir sind noch lange nicht fertig - wir haben noch richtig  
214 viel vor!

215 Mit unseren Freundinnen und Freunden in Hamburg und Bremen werden wir die



216 anstehenden Wahlen dort zu einem Grünen Erfolg machen. Gemeinsam kämpfen wir  
217 dafür, dass 2016 die grün-geführte Landesregierung in Baden-Württemberg ihre  
218 erfolgreiche Politik fortsetzen kann. Dafür, dass Grüne in Rheinland-Pfalz  
219 weiter Teil der Regierung sind. Mit einer gestärkten Grünen Fraktionen in  
220 Sachsen-Anhalt, Berlin und Mecklenburg-Vorpommern wollen wir unsere Verankerung  
221 und unseren Gestaltungsanspruch, wenn möglich in Regierungsverantwortung, auch  
222 in Ostdeutschland weiter ausbauen. 2017 gilt es, gemeinsam mit ihren  
223 Landesverbänden Schleswig Holstein und NRW die Grüne Position in den  
224 Landesregierungen zu stärken, die grüne Fraktion im Saarland zu vergrößern und  
225 damit die Grundlage für den politischen Wechsel im Bund zu liefern. Diese  
226 Strecke kann nur gelingen, wenn wir gemeinsam arbeiten und kämpfen für die  
227 Weiterentwicklung unserer Inhalte und Entwicklung neuer Konzepte, mit den über  
228 60.000 Mitgliedern in unserer Partei und den Menschen in unserem Land.

229 Grün kann mehr, Grün will mehr - Grüner Aufbruch 2017!

# Satzung

## 38. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz Hamburg, 21. - 23.11.2014

**AntragsstellerIn:** Bundesvorstand

**Gegenstand:** §4 (1) Öffnungsklausel für Landesverbände

### 1 Antragstext

2 § 4 (1) Satz 1 wird wie folgt ergänzt: „... der jeweils unteren Ebene auf  
3 schriftlichen Antrag des Bewerbers/der Bewerberin. " und § 4 (3) wird wie folgt  
4 geändert und ergänzt: „Die Mitgliedschaft beginnt grundsätzlich mit der  
5 Zustimmung des zuständigen Gremiums gegenüber KandidatInnen. Einfügen eines  
6 neuen §4 (4): „Die Landesverbände können in ihren Satzungen ergänzende  
7 Regelungen zum Aufnahmeverfahren treffen.“

### Begründung

Die Aufnahme von Mitgliedern ist zusätzlich zur Bundessatzung in allen 16 Landessatzungen geregelt. Zum Teil finden sich aber zu den in der Bundessatzung festgeschriebenen Regelungen Ergänzungen bzw. Konkretisierungen. So gibt es Regelungen über das Verbot der Mitgliedschaft in faschistischen Organisationen (ein Verbot, das auch schon aus § 3 (1) Bundessatzung folgt), diverse einzuhaltende Fristen, die Informationspflicht des zuständigen Vorstandes über abgelehnte Anträge, Widerspruchsrechte gegen die Aufnahme, die Kopplung der vollen Mitgliedsrechte an die Zahlung des ersten Mitgliedsbeitrages, und dergleichen mehr. Um die Wirksamkeit dieser Regelungen sicherzustellen und den Landesverbänden weiter eine gewisse Autonomie bei der Regelung der Aufnahme zuzugestehen, ist es nötig, eine Öffnungsklausel in die Bundessatzung aufzunehmen.

# Satzung

## 38. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz Hamburg, 21. - 23.11.2014

**AntragsstellerIn:** Bundesvorstand

**Gegenstand:** § 4 Freizügigkeit der Mitglieder

### 1 **Antragstext**

2 § 4 wird um einen neuen Absatz 5 ergänzt: „Die Mitgliedschaft besteht  
3 grundsätzlich in dem Gebietsverband des Wohnortes oder des gewöhnlichen  
4 Aufenthaltsortes und geht bei deren Wechsel auf den neuen Gebietsverband über.  
5 Bei mehreren Wohnsitzen besteht ein Wahlrecht des Mitglieds. Auf begründeten  
6 Antrag des Mitglieds können Ausnahmen vom Wohnort- bzw. Aufenthaltsprinzip  
7 zugelassen werden. Darüber entscheidet der Vorstand des Gebietsverbandes, in dem  
8 die Aufnahme gewünscht ist. § 4 (1) S. 2 gilt entsprechend.“

### **Begründung**

Aus dem Parteiengesetz ergibt sich, dass die Mitgliedschaft grundsätzlich an den Wohnort des Mitgliedes geknüpft ist, verstanden als tatsächlicher Lebensmittelpunkt. Ausnahmen sind möglich und auch in anderen Parteien geregelt, z.B. die Mitgliedschaft am Ort der beruflichen Tätigkeit. Eine völlig freie Wahl des Ortes der Mitgliedschaft ist parteirechtlich aber ausgeschlossen. Allerdings sollte eine gewisse Flexibilität möglich sein, die durch die vorgeschlagene Ausnahmeregelung erreicht wird.  
Hinweis: Die bisherigen Absätze § 4 (4) bis § 4 (6) werden entsprechend unnummeriert zu § 4 (6) bis § 4 (8).

**S-03**

# **Satzung**

## **38. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz Hamburg, 21. - 23.11.2014**

**AntragsstellerIn:** Bundesvorstand

**Gegenstand:** §8 (2) EGP

### **1 Antragstext**

2 Ersetze: "(2) Der Länderrat wählt die Delegierten zum Rat der EGP. durch: (2)  
3 Der Länderrat wählt die Delegierten zum Rat der EGP für die Dauer von zwei  
4 Jahren."

### **Begründung**

Die Dauer der Wahlperiode wurde bisher nirgendwo festgelegt

**S-04**

# **Satzung**

## **38. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz Hamburg, 21. - 23.11.2014**

**AntragsstellerIn:** Bundesvorstand

**Gegenstand:** § 12 (1) Prüfung durch Bundestagspräsidenten

### **1 Antragstext**

2 ersetze in §12 (1) den letzter Satz: "Maßgeblich sind die dem  
3 Bundestagspräsidenten im letzten Jahresrechnungsbild vorgelegten,  
4 geprüften Mitgliederzahlen"

### **Begründung**

Bisher war unklar, durch wen die Zahlen geprüft werden. Dies wird nun präzisiert und klargestellt.

**S-05**

# **Satzung**

## **38. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz Hamburg, 21. - 23.11.2014**

**AntragsstellerIn:** Bundesvorstand

**Gegenstand:** §12 (5) es fehlen Sammelfristen für Sonder-BDK

### **1 Antragstext**

2 ergänzen nach §12 (5) letzter Satz: "Die unter Punkt 4 und 5 erwähnten Quoren  
3 sind erreicht, wenn die benötigten Unterschriften innerhalb einer Frist von drei  
4 Monaten in der Bundesgeschäftsstelle eingegangen sind. Die Frist beginnt mit dem  
5 ersten Antrag bzw. mit der ersten Unterschrift."

### **Begründung**

Bisher enthält die Satzung keine Frist für die Beantragung einer außerordentlichen Bundesversammlung. Somit könnten theoretisch über Jahre Unterschriften für eine außerordentliche Bundesversammlung gesammelt werden. Das entspricht nicht Sinn und Zweck der Regelung.

# **Satzung**

## **38. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz Hamburg, 21. - 23.11.2014**

**AntragsstellerIn:** Bundesvorstand

**Gegenstand:** **§12 (4) der Satzung - Antragsberechtigung BDK  
klarer definieren**

---

### 1 **Antragstext**

2 Antragsberechtigt sind die Orts- und Kreisverbände ersetzen durch  
3 "Antragsberechtigt sind die Orts- und Kreismitgliederversammlungen bzw.  
4 Kreisdelegiertenversammlungen".

### **Begründung**

Bisher ist die Regelung zur Antragsberechtigung nicht präzise, da nicht daraus hervorgeht, ob Vorstände oder Versammlungen antragsberechtigt sind. Dies wird durch die Neuformulierung präzisiert.

**S-07**

# **Satzung**

## **38. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz Hamburg, 21. - 23.11.2014**

**AntragsstellerIn:** Bundesvorstand

**Gegenstand:** §12 (3) 8. Verstöße

1 **Antragstext**

2 ersetze "und" durch "oder"

### **Begründung**

redaktionell: Präzisierung: hier ist der Verstoß gegen Satzung oder Grundkonsens gemeint, nicht der Verstoß gegeben beides.



**S-08**

# **Satzung**

## **38. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz Hamburg, 21. - 23.11.2014**

**AntragsstellerIn:** Bundesvorstand

**Gegenstand:** §12 (6) Bundesarbeitsgemeinschaften

1 **Antragstext**

2 ersetze "Bundesarbeitsgruppen" durch "Bundesarbeitsgemeinschaften"

**Begründung**

redaktionell: Anpassung an aktuelle Bezeichnung

**S-09**

# **Satzung**

## **38. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz Hamburg, 21. - 23.11.2014**

**AntragsstellerIn:** Bundesvostand

**Gegenstand:** §12 (7) AK nicht quotiert

### **1 Antragstext**

2 ersetze: "sowie vier durch die Bundesversammlung zu wählenden Mitgliedern."  
3 durch "sowie fünf durch die Bundesversammlung zu wählenden Mitgliedern".

### **Begründung**

Die Erhöhung auf acht Mitglieder erleichtert die Quotierung. Aufgrund der Arbeitsbelastung der Antragskommission ist eine Erhöhung der Anzahl der Basismitglieder sinnvoll.

# **Satzung**

## **38. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz Hamburg, 21. - 23.11.2014**

**AntragsstellerIn:** Bundesvorstand

**Gegenstand:** **§ 12 (4) Frauenvotum doppelt mit Frauenstatut  
§4 (1)**

---

1 **Antragstext**

2 1. Satz ändern: "Gemäß § 4 Frauenstatut wird eine Abstimmung unter Frauen  
3 (Frauenvotum) auf Antrag von mindestens ...."

### **Begründung**

Der Absatz enthält Regelungen, die aus dem Frauenstatut stammen. Deshalb ist ein Hinweis auf das Frauenstatut an dieser Stelle hilfreich.

**S-11**

# **Satzung**

## **38. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz Hamburg, 21. - 23.11.2014**

**AntragsstellerIn:** Bundesvorstand

**Gegenstand:** § 12 (7)

### **1 Antragstext**

2 ersetze in §12 (7): "Ihre Empfehlungen bedürfen der Zustimmung der  
3 Bundesversammlung. " durch: "Ihre Empfehlungen sowie die inhaltliche Zuordnung  
4 der Anträge bedürfen der Zustimmung"

### **Begründung**

redaktionell: Präzisierung

**S-12**

# **Satzung**

## **38. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz Hamburg, 21. - 23.11.2014**

**AntragsstellerIn:** Bundesvorstand

**Gegenstand:** § 12(8)

### **1 Antragstext**

2 ersetze "Mitgliedern des Präsidiums der Bundesversammlung sofort nach Erstellung  
3 zur Prüfung übersandt." durch "Mitgliedern des Präsidiums und der  
4 Antragskommission der Bundesversammlung sofort nach Erstellung  
5 zur Prüfung übersandt."

### **Begründung**

redaktionell: Präzisierung

# **Satzung**

## **38. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz Hamburg, 21. - 23.11.2014**

**AntragsstellerIn:** Bundesvorstand

**Gegenstand:** §13 (4), Tagungsrhythmus

1 **Antragstext**

2 ersetze Satz 1: "Der Länderrat tagt mindestens einmal jährlich."

### **Begründung**

In den vergangenen Jahren haben oft nur ein oder zwei Länderräte stattgefunden. Auf dem Länderrat im Mai 2014 wurde die Geschäftsordnung des Länderrates entsprechend geändert. Es ist deshalb folgerichtig, auch die Satzung anzupassen.

# **Satzung**

## **38. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz Hamburg, 21. - 23.11.2014**

**AntragsstellerIn:** Bundesvorstand

**Gegenstand:** §13 Antragsberechtigung zum Länderrat

### 1 **Antragstext**

2 einfügen: "(4) Antragsberechtigt sind der Bundesvorstand, die Landesvorstände,  
3 die BAGen, die Kreismitgliederversammlungen und Kreisdelegiertenversammlungen,  
4 die Grüne Jugend sowie drei Mitglieder des Länderrates, die gemeinschaftlich  
5 einen Antrag stellen."

### **Begründung**

Antragsberechtigung wurde bisher nicht in der Satzung, sondern nur in der Geschäftsordnung des Länderrates geregelt. Analog zu den Regelungen der BDK wird diese nun auch in der Satzung geregelt. Wir erweitern die Antragsberechtigung für den Länderrat auf die Grüne Jugend, Kreismitglieder und -delegiertenversammlungen und die BAGen, dafür erhöhen wir die Antragsberechtigung von Länderratsdelegierten von eins auf drei.

**S-15**

# **Satzung**

## **38. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz Hamburg, 21. - 23.11.2014**

**AntragsstellerIn:** Bundesvorstand

**Gegenstand:** § 13 (3) Ost-Quote LR-Delegierte BTF und EP

### **1 Antragstext**

2 § 13 (3) 3. Satz "Von den Mitgliedern der Bundestags.. Bis Ostdeutschland sein"  
3 streichen

### **Begründung**

25 Jahre nach dem Mauerfall sind diese Regelungen aus der Zeit gefallen. Da nur drei Mitglieder der Bundestagsfraktion entsandt werden, stellt diese Quote darüber hinaus eine starke Einschränkung dar.



# **Satzung**

## **38. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz Hamburg, 21. - 23.11.2014**

**AntragsstellerIn:** Bundesvorstand

**Gegenstand:** **§ 13 (5) Vetorecht für VertreterInnen der  
ostdeutschen Länder**

---

1 **Antragstext**

2 §13 (5) streichen

### **Begründung**

25 Jahre nach dem Mauerfall sind diese Regelungen aus der Zeit gefallen.  
Ähnliche Regelungen wurden bereits aus den Geschäftsordnungen des  
Länderrates und an anderer Stelle aus der Satzung gestrichen.

# **Satzung**

## **38. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz Hamburg, 21. - 23.11.2014**

**AntragsstellerIn:** Bundesvorstand

**Gegenstand:** § 13 (2) 2

### **1 Antragstext**

2 ergänze in §13 (2) 2. nach dem letzten Satz: "Maßgeblich für  
3 Delegiertenmeldungen sind die dem Bundestagspräsidenten im letzten  
4 Jahresrechenschaftsbericht"

### **Begründung**

Bisher war nicht klar definiert, welcher Stand der Mitgliederzahlen der  
Berechnung zugrunde liegt. Das  
wird durch die Ergänzung präzisiert.

# **Satzung**

## **38. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz Hamburg, 21. - 23.11.2014**

**AntragsstellerIn:** Bundesvorstand

**Gegenstand:** §13 (2) 6.

### **1 Antragstext**

2 ersetze in §13 (2) "6. Je einE SprecherIn der 5 Fachbereiche der Partei." durch:  
3 "6. fünf vom BAG-SprecherInnenrat gewählte Delegierte."

### **Begründung**

Inzwischen entsendet der SprecherInnenrat der BAGen fünf Delegierte. Die  
Satzung sollte  
entsprechend angepasst werden.

# **Satzung**

## **38. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz Hamburg, 21. - 23.11.2014**

**AntragsstellerIn:** Bundesvorstand

**Gegenstand:** § 24 Urabstimmung, enthält keine Frist für die  
Beantragung einer Urabstimmung

### 1 **Antragstext**

2 Ergänzen nach §24 (2) letzter Satz: "Die unter Punkt 1-3 erwähnten Quoren sind  
3 erreicht, wenn die benötigten Unterschriften innerhalb einer Frist von drei  
4 Monaten in der Bundesgeschäftsstelle eingegangen sind. Die Frist beginnt mit dem  
5 ersten Antrag bzw. mit der ersten Unterschrift."

### **Begründung**

Bisher enthält die Satzung keine Frist für die Beantragung einer Urabstimmung. Somit können theoretische jahrelang Unterschriften für eine Urabstimmung gesammelt werden. Das entspricht nicht dem Sinn einer Urabstimmung.

# **Satzung**

## **38. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz Hamburg, 21. - 23.11.2014**

**AntragsstellerIn:** Bundesvorstand

**Gegenstand:** § 24 Urabstimmung, enthält keine Frist für die  
Beantragung einer Urabstimmung

### 1 **Antragstext**

2 Ergänzen nach §24 (2) letzter Satz: "Die unter Punkt 1-3 erwähnten Quoren sind  
3 erreicht, wenn die benötigten Unterschriften innerhalb einer Frist von ACHTZEHN  
4 WOCHEN  
5 in der Bundesgeschäftsstelle eingegangen sind. Die Frist beginnt mit dem  
6 ersten Antrag bzw. mit der ersten Unterschrift."

### **Begründung**

Angleichen an die Frist von S-05, die aus dem Änderungsantrag S-05-03  
übernommen wurde.

# **Satzung**

## **38. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz Hamburg, 21. - 23.11.2014**

**AntragsstellerIn:** Bundesvorstand

**Gegenstand:** § 24 (2) Parteirat und BuVo können keine  
Urabstimmung einleiten

### 1 **Antragstext**

2 §24 (2) ergänzen "7. der Bundesvorstand und Parteirat gemeinsam mit einer 2/3  
3 Mehrheit."

### **Begründung**

Bislang haben Parteirat und Bundesvorstand nur die Möglichkeit, eine Urabstimmung einzuleiten, indem ein Länderrat einberufen wird, der diese beschließt. Damit auch ein direkter Weg möglich ist, sollten die beiden Gremien gemeinsam mit 2/3 Mehrheit eine Urabstimmung einleiten können.

# **Satzung**

## **38. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz Hamburg, 21. - 23.11.2014**

**AntragsstellerIn:** Bundesvorstand (Beschluss vom 22.9.2014)

**Gegenstand:** **§ 24 (2) Parteirat und BuVo können keine  
Urabstimmung einleiten**

---

1 **Antragstext**

2 §24 (2) ergänzen "7. der Bundesvorstand und Parteirat gemeinsam mit *jeweiliger*  
3 2/3 Mehrheit."

### **Begründung**

Bislang haben Parteirat und Bundesvorstand nur die Möglichkeit, eine Urabstimmung einzuleiten, indem ein Länderrat einberufen wird, der diese beschließt. Damit auch ein direkter Weg möglich ist, sollten die beiden Gremien gemeinsam mit 2/3 Mehrheit eine Urabstimmung einleiten können.

**S-21**

# **Satzung**

## **38. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz Hamburg, 21. - 23.11.2014**

**AntragsstellerIn:** Bundesvorstand

**Gegenstand:** §27 (2) Streichung

1 **Antragstext**

2 §27 (2) wird gestrichen.

### **Begründung**

Der Absatz ist veraltet, denn er bezog sich auf den Zusammenschluss von Bündnis 90 und Die Grünen, der schon vor über 20 Jahren erfolgt ist.



# Satzung

## 38. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz Hamburg, 21. - 23.11.2014

**AntragsstellerIn:** Sandra Hildebrandt, KV Friedrichshain-Kreuzberg

**Gegenstand:** BAG-SprecherInnenrat

### 1 Antragstext

#### 2 Änderungsantrag **Satzung**

3 Ändern §12, Abs. 6:

4 „Antragsberechtigt sind die Orts- und Kreisverbände, die Landesversammlungen  
5 bzw. Landesdelegiertenkonferenzen, der Länderrat, der Ost-Länderrat, der  
6 Frauenrat, der Bundesfinanzrat, der Parteirat, die Bundesarbeitsgruppen, der  
7 Bundesvorstand, die Landesvorstände, die Antragskommission im Rahmen ihrer  
8 Aufgaben, die allgemeinen Parteiausschüsse gem. § 13 Parteiengesetz auf  
9 Landesebene (Landesausschüsse etc.), 20 Mitglieder, die gemeinschaftliche einen  
10 Antrag stellen, sowie die Bundesmitgliederversammlung der GRÜNEN JUGEND und der  
11 Bundesvorstand der GRÜNEN JUGEND.“

12 In:

13 „Antragsberechtigt sind die Orts- und Kreisverbände, die Landesversammlungen  
14 bzw. Landesdelegiertenkonferenzen, der Länderrat, der Ost-Länderrat, der  
15 Frauenrat, der Bundesfinanzrat, der Parteirat, die *Bundesarbeitsgemeinschaften*,  
16 *der SprecherInnenrat der Bundesarbeitsgemeinschaften*, der Bundesvorstand, die  
17 Landesvorstände, die Antragskommission im Rahmen ihrer Aufgaben, die allgemeinen  
18 Parteiausschüsse gem. § 13 Parteiengesetz auf Landesebene (Landesausschüsse  
19 etc.), 20 Mitglieder, die gemeinschaftliche einen Antrag stellen, sowie die  
20 Bundesmitgliederversammlung der GRÜNEN JUGEND und der Bundesvorstand der GRÜNEN  
21 JUGEND.“

## **Begründung**

*Im SprecherInnenrat (SpR) der Bundesarbeitsgemeinschaften (BAGen) sitzen alle SprecherInnen der BAGen. Die SprecherInnen werden in den BAGen gewählt, die sich wiederum aus gewählten Delegierten aus den Landesarbeitsgemeinschaften, den Landtagsfraktionen, der Bundestags- und der Europaparlamentsfraktion, der GRÜNEN JUGEND sowie aus in der BAG gewählten Kooptierten zusammen setzen. Damit besitzt der SpR eine hohe demokratische Legitimität. Im SpR werden unter anderem auch Verfahren der Partei auf BAG-Sitzungen, auf Bundesdelegiertenkonferenzen oder zum Länderrat diskutiert. Dadurch sind in der Vergangenheit Änderungsanträge zum BAG-Statut oder zur Satzung entstanden, die jedoch als Namensanträge eingereicht werden mussten. Aufgrund der Legitimität des SprecherInnenrats sowie seiner Funktion sollte auch er Antragsberechtigt sein.*

## **UnterstützerInnen**

- Sandra Hildebrandt, KV Friedrichshain-Kreuzberg Malte Spitz, KV Münster Anja Schillhaneck, KV Berlin kreisfrei Michael Gerr, KV Würzburg-Stadt Marie Luise v. Halem, KV Potsdam Willi Kulke, KV Bielefeld Marion Gehrke, KV Harburg-Land Hans-Jürgen Kuhn, KV Uckermark Jutta Paulus, KV Neustadt/W. Jaime Timoteo Gonzalez, KV Breisgau Hochschwarzwald Anna Paul, KV Münster Richard Ralfs, KV Rhein-Sieg Kerstin Taeubner-Benicke, KV Starnberg Michael Scharfschwerdt, KV Berlin-Mitte Catharina Jäger, KV Meißen Friedel Battenberg, KV Darmstadt-Dieburg Pegah Edalatian, KV Düsseldorf Georg P Kössler, KV Neukölln Mareike Engels, KV Hamburg-Altona Hermino Katzenstein, KV Odenwald-Kraichgau Anna Cavazzini, KV Berlin Mitte Felix Deist, KV Essen Natascha Werning, KV Mannheim Rainer Bode, KV Münster Charlotte Lorentz, KV Kreisfrei
- Frederik Landshöft, KV Krefeld

# Satzung

## 38. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz Hamburg, 21. - 23.11.2014

**AntragsstellerIn:** Sandra Hildebrandt, KV Friedrichshain-Kreuzberg

**Gegenstand:** **BAG-Statut**

---

### 1 **Antragstext**

#### 2 **Änderungsantrag BAG-Statut**

3 Ändern § 5(2) „Jeder BAG gehört eine vom Bundesvorstand benannte Person als  
4 stimmberechtigtes Mitglied an.“

### **Begründung**

*Bisher darf der BuVo nur aus seinen eigenen Reihen delegieren. Bei sechs BuVo-Mitgliedern und 23 BAGen funktioniert das in der Praxis nicht. Daher wollen wir die Möglichkeiten ausweiten.*

### **UnterstützerInnen**

- Georg P Kössler, KV Neukölln
- Marie Luise v. Halem, KV Potsdam
- Jaime Timoteo Gonzalez, KV Breisgau Hochschwarzwald
- Kerstin Taeubner-Benicke, KV Starnberg
- Michael Gerr, KV Würzburg-Stadt
- Natascha Werning, KV Mannheim
- Rainer Bode, KV Münster
- Anja Schillhaneck, KV Berlin kreisfrei
- Friedel Battenberg, KV Darmstadt-Dieburg
- Catharina Jäger, KV Meißen
- Richard Ralfs, KV Rhein-Sieg
- Pegah Edalatian, KV Düsseldorf

- Felix Deist, KV Essen
- Mareike Engels, KV Hamburg-Altona
- Hermino Katzenstein, KV Odenwald-Kraichgau
- Anna Cavazzini, KV Berlin Mitte
- Willi Kulke, KV Bielefeld
- Charlotte Lorentz, KV Kreisfrei
- Hans-Jürgen Kuhn, KV Uckermark
- Anna Paul, KV Münster
- Jutta Paulus, KV Neustadt/W.
- Frederik Landshöft, KV Krefeld

# Satzung

## 38. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz Hamburg, 21. - 23.11.2014

**AntragsstellerIn:** Ina Sinterhauf

**Gegenstand:** V-Ranking-Verfahren ersetzen

### 1 **Antragstext**

#### 2 **Die BDK möge beschließen:**

3 Das bisherige V-Ranking-Verfahren wird ersetzt durch ein zweistufiges  
4 Abstimmungsverfahren: Alle V-Anträge werden zunächst schriftlich abgestimmt;  
5 Antragstext und Gegenrede (sofern eingereicht) liegen den Delegierten dazu  
6 schriftlich mindestens zwei Stunden vor der ersten Abstimmungsstufe vor. Alle  
7 Anträge, die mit mindestens Zweidrittelmehrheit befürwortet oder abgelehnt  
8 werden, gelten damit bereits als entsprechend entschieden. Anträge, die eine  
9 weniger eindeutige Stimmverteilung erhalten, werden im Plenum behandelt und  
10 anschließend per Abstimmung entschieden.

### **Begründung**

Es wird anerkannt, dass bei einer möglicherweise hohen Zahl an eingereichten V-Anträgen der zeitliche Rahmen eine Behandlung aller Anträge im Plenum erschwert. Das bestehende V-Ranking-Verfahren ist im Grunde jedoch bereits ein Vorentscheid über mehrheitsfähige Anträge. Gewählt werden i.d.R. Anträge, die klar zustimmungsfähig sind (auf der BDK 2013 in Berlin: Flüchtlingsschutz\*), nicht gewählt werden dagegen Anträge, die kontrovers gesehen werden (auf der BDK 2013 in Berlin: Zigarettenverbot). Dies beraubt uns GRÜNE der wichtigen Chance, uns zu solchen kontroversen Themen als Partei in einem offenen Diskussionsprozess eine Meinung zu bilden. Die Meinungsbildung findet dann nicht auf Delegiertenversammlungen statt, sondern wird in Parteigremien ausgelagert. Dies erlaubt es "normalen" Mitgliedern nur sehr schwer, ihre Meinung in den Diskussionsprozess einzubringen. Anträge, denen die Delegiertenversammlung zustimmen möchte, können darüber hinaus bisher nur

behandelt werden, wenn Sie im V-Ranking-Verfahren ausgewählt werden. Es fehlt eine Möglichkeit, Anträge auf andere Weise beschließen zu können. Dies wird mit dem vorgeschlagenen Verfahren ermöglicht.

\* Auf der BDK in Dresden 2014 gab es kein V-Ranking-Verfahren, daher auch keine Antragsauswahl.

## **UnterstützerInnen**

- Annemarie Ammer (KV Coburg-Stadt), Fabian Ammer (KV Coburg-Stadt), Wolf-Rüdiger Benzel (KV Coburg-Stadt), Martina Benzel-Weyh (KV Coburg-Stadt), Manuel Dethloff (KV Kiel), Brigitte Dürr (KV Coburg-Stadt), Michael Eckstein (KV Coburg-Stadt), Michael Forkel (KV Coburg-Stadt), Susanne Günther (KV Freising), Bernd Lauterbach (KV Coburg-Land), Jochen Maschik (KV Aschaffenburg), Andrej Novak (KV Forchheim), Petra Olson (KV Coburg-Stadt), Stefan Rau (KV Coburg-Stadt), Dietlind Rexroth (KV Coburg-Stadt), Ricarda Roeleke (KV Kiel), Gerhard Schmid (KV Bamberg-Land), Christine Schoerner (KV Hof), Wolfgang Weiß (KV Coburg-Stadt)